



## Nr. 5 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	<b>Donnerstag, 18. November 2010 von 18.00 - 22.15 Uhr</b>	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Müller Lucia (SVP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Grossniklaus Bruno, Kehrlı Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Riesen Norbert, Schärer Liliane, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	10
	<i>SVP:</i> Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Nadine, Zaugg Gerhard	6
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Schröter Bruno, Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schenk Madeleine	3
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Leumann Beat ( <i>ab 19.30 Uhr</i> ), Wegmann Peter, Werner Michael	4
	<i>CVP:</i> Löhler Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u><b>32</b></u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i>	
	Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alikı Maria, Rüedi Urs, Unteregger Schütz Regula sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Brigitte Flück, adm. Dienstchefin	
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder:</i> Blaser Erich, Dogan Aziz (SP), Fels Silvia, Hirt Bruno, Landolf Marianne, Mantarro Alessandra (FORUM), Wegmüller Thomas (SVP) und Kumli Jürg, Ratssekretär <i>GR-Mitglied:</i> keine	
Unentschuldigt	Scheidegger Jürg-Sven (SP)	

## TRAKTANDEN

52. Kulturkommission; Ersatzwahl .....	195
53. Gemeindeordnung: Teilrevision; Änderungen aus der Behörden- und Verwaltungsreform - 1. Lesung .....	196
54. Gemeindeordnung: Teilrevision; übrige Änderungen (ohne Behörden- und Verwaltungsreform) - 1. Lesung .....	204
55. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV); Produktgruppendefinition der Pilotprojekte - Kenntnisnahme .....	217
56. Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland (RGSK): Mitwirkungsverfahren - Kenntnisnahme .....	225
57. Reglement für ausserordentliche Lagen: Teilrevision - Genehmigung .....	232
58. Orientierung des Gemeinderates .....	233
a) Politische Vorstösse vom 28. Oktober 2010; schriftliche Beantwortung am 17. Februar 2011 .....	233
b) Dank an das Herbstmäritykomitee .....	233

## GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Lucia Müller

Brigitte Flück

Die Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterin herzlich willkommen.

Ich muss heute Abend eine traurige Mitteilung bekannt geben: Gemeinderat Egon Julmi (FDP) ist diese Woche verstorben. Die Beerdigung findet morgen Freitagnachmittag statt. Wir werden ihm ein paar Minuten widmen und an seinen Platz eine brennende Kerze stellen.

Sein politischer Werdegang:

Mit Egon Julmi verbinden diesen Rat fast 18 Jahre engagierte Zusammenarbeit: Diese begann, als er am

- 1.1.1993 in die Zivilschutzkommission gewählt wurde, bis diese
- 1.7.1995 durch die neue Gemeindeordnung aufgelöst worden ist. Aber bereits am
- 1.1.1995 jenes gleichen Jahres zog er in den Grossen Gemeinderat ein und engagierte sich hier drinnen während ganzen 11 ½ Jahren. Er stellte sich zur Wahl ins Büro zur Verfügung und übernahm im Jahr 2004 das Ratspräsidium. Auch für die GPK stellte er sich zur Verfügung und wurde am
- 1.1.2005 gewählt. Auch dort übernahm er im Jahr 2006 das Präsidium - in diesem Jahr folgte er dann dem Ruf seiner Partei und trat am
- 1.8.2006 die Nachfolge von Rolf Rickenbach als Gemeinderat an. In all diesen vielen Jahren engagierte sich Egon Julmi immer auch in verschiedenen Kommissionen. So ist er von
- 1.8.1995 bis 31.12.2000 Mitglied der Wehrdienst- u. Zivilschutzkommission gewesen und arbeitete ab
- 15.9.1995 in der Schulkommission Mösli mit, welche er 1997 bis und mit 2000 präsierte, gleichzeitig war er in der damaligen Zentralschulkommission bis zu deren Auflösung durch das neue Schulreglement per 31.12.2004 vertreten.

Mit seinem Amt als Gemeinderat übernahm er von Amtes wegen ab dem

- 1.8.2006 in der Hochbaukommission den Vorsitz - bis seine Gesundheit ihn am
- 31.10.2010 zum Rückzug aus der Politik zwang.

Wir alle hier werden Egon ein ehrendes Andenken bewahren und sind ihm dankbar für sein langjähriges Engagement zum Wohl unserer Gemeinde. Unsere Gedanken begleiten seine Familie in diesen schweren Stunden des Abschiednehmens und wir wünschen ihnen allen viel Kraft, den grossen Verlust zu verarbeiten. Die Lücke wird noch lange schmerzen - am gemeinsamen Esstisch, in vertrauter Runde, beim diskutieren, beim Spiel mit dem Enkelkind, in so vielen Momenten des täglichen Lebens. Nur langsam wird der Schmerz verblassen und wir wünschen den Hinterbliebenen von Egon treue Menschen zur Seite, welche sie begleiten zurück in den Alltag, zurück in ein Leben mit neuem Lachen und neuer Freude - und Egon - ganz fest im Herzen - immer mit dabei.

Wir erheben uns zu einem Moment der Stille als Zeichen unseres Respekts und unserer Anteilnahme.

----- **Schweigeminute** -----

**Peter Wegmann (FDP):** Merci viel Mal Lucia für deine sehr einfühlsamen Worte.

Ja, es ist so: Wir alle haben Egon Julmi sehr gut gekannt. Aus langjährigen Begegnungen mit ihm in Kommissionen, im Grossen Gemeinderat und nun zuletzt im Gemeinderat. Auch ich habe natürlich Egon aus all diesen Begegnungen bestens gekannt. Allerdings schon lange vor seinem politisch aktiven Werdegang. Nämlich als Freund und Teamkamerad beim damaligen SCO und heutigen FCO. Aber auch beim damals noch präsenten und politisch „angehauchten“ FC Behörden-Ostermundigen. Der Egon als fangsicheren Goalie. Und meine Wenigkeit direkt vorne dran als ebenfalls Gegentore verhindernder Libero. Darum ist es für mich persönlich wie auch in Vertretung der FDP ein Bedürfnis, noch ein paar Worte an Euch zu richten.

Unser Egon hat sich - wie bereits ausführlich vorerwähnt - während fast insgesamt 18 Jahren mit selbstlosem Einsatz, Sachverstand und Engagement politisch für unser Gemeindewohl eingesetzt. Und dabei auch einiges bewirkt. Er hat aber auch vor allem mit viel Herzblut und immer positiv vorausblickend agiert. Noch erst vor wenigen Wochen hat Egon auf Hinweise wie „jetzt muesch de aber e chli Sorg ha zu dinere Gsundheit“ immer die gleiche Antwort gegeben:

„Ja schon. Aber ich brauche das“!

Womit erkennbar wird, dass sein Leben generell nicht nur durch volles Verantwortungsbewusstsein, sondern ebenso durch einen unbändigen Willen geprägt gewesen ist.

Sehr auffallend ist bei Egon aber auch etwas anderes gewesen: Er hat bei auftretenden Problemen, Meinungsverschiedenheiten oder Diskrepanzen immer mit viel Verständnis, Mitgefühl und Toleranz agiert. Und dementsprechend mit „Grösse“! Rein parteipolitische aber auch anderweitige „Zwängereien“ sind ihm völlig zuwider gewesen. Selbst bei Widerwärtigkeiten oder nur schwer nachvollziehbaren Meinungen ist bei ihm immer die persönliche und gegenseitige Achtung im Vordergrund gestanden. Und ein solches Verhalten qualifiziert letzten Endes einen Menschen.

Ich denke darum: Auch wir hier im Parlament können von all diesen bei unserem Egon genossenen Prädikaten nur profitieren. Auch für uns sollte das - quasi als erinnerndes Mahnmal - wegweisend sein. Dies wäre mit Sicherheit im Sinne von Egon.

Mitunter sind Schicksale sehr hart. Und ein solches Schicksal hat nun leider - einmal mehr - mit aller Brutalität zugeschlagen. Sein Platz hier ist leer. Was verbleibt sind Gedanken an einen herzensguten, sehr geschätzten und dabei immerzu selbstlos orientierten Menschen und Kameraden. Damit verbleiben uns nur noch Erinnerungen und Dank. Nämlich vorab ein grosser Dank an Egon für seine immerzu hervorragend erwiesene Kollegialität, seine Freundschaften, seine Mitgefühle. Aber auch für seine erwiesenen Bestrebungen und Bemühungen in unserem Kreise.

Den Familienangehörigen - aber auch allen Mitbetroffenen und Mittrauernden wünsche ich viel Kraft und Zuversicht in den schweren Stunden vom Abschied. Abschied nehmen tut immer weh. So auch hier. Massgebend ist aber letzten Endes der „festgemauerte Platz“ in unserem Herz. Und darum ist es für mich nicht wirklich ein Abschied.

## Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte Frau Flück um Namensaufruf.

Heute Abend sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu den Traktanden Nr. 53 bis 55 (Behörden- und Verwaltungsreform) der Projektleiter, Herr David Keller, an der heutigen Sitzung teil.
2. Sämtliche Parlamentsmitglieder sind am 24. November 2010 zur „Kommentierte Tramfahrt in den Westen von Bern“ eingeladen. Anmeldungen sind bis am 19. November 2010 der Gemeindeschreiberin kundzutun.
3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
  - ① Sitzplan des GGR per 1.11.2010
  - ① Broschüre „Heimat heute 2010“ von Berner Heimatschutz Region Bern-Mittelland
4. Die nächste Sitzung findet am 16. Dezember 2010 bereits um 16.30 Uhr statt.

## Traktandenliste

Traktandum Nr. 58: Orientierungen des Gemeinderates

- a) Politische Vorstösse vom 28. Oktober 2010; schriftliche Beantwortung am 17.2.2011
- b) Dank an das Herbstmäritkomitee

Die GGR-Mitglieder fassen stillschweigend den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## Persönliche Erklärung

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich habe eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Ich darf danken: der Presse und dem Stadttheater. Ich habe an der letzten Sitzung unter Traktandum "Kulturbeiträge" reklamiert, dass die Gemeinde Ostermundigen nie zu Billetts kommt. "Der Bund" hat dieses Votum in der Zeitung abgedruckt. Auf diesen Beitrag hin reagierte das Stadttheater und hat mir 50 Gratistickets für das Weihnachtsmärchen zugestellt. Am 19. November werden 42 Kinder in Begleitung gratis an die Premiere gehen können.

10.6.09 Kulturkommission

## 52. Kulturkommission; Ersatzwahl

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Kurt Bischoff (EVP) wird Christine Baumgartner (EVP), Erikaweg 5, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Kulturkommission gewählt.

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform (BVR)

### 53. Gemeindeordnung: Teilrevision; Änderungen aus der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) - 1. Lesung

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Als erstes skizziere ich kurz das Vorgehen in diesem und dem nächsten Geschäft, welche beide mit einer 1. und 2. Lesung verbunden sind:

- In der ersten Lesung sind Abänderungsanträge abschliessend zu stellen.
- Das Parlament entscheidet durch Abstimmung, ob die gestellten Anträge an den Gemeinderat zur Überprüfung zuhanden der zweiten Lesung überwiesen werden.
- In der zweiten Lesung werden die vom Gemeinderat geprüften und in der Botschaft mit einem Kommentar versehenen Anträge dem Parlament zum abschliessenden Entscheid unterbreitet. **Auf neue Anträge wird nicht mehr eingetreten.**
- Will der Rat auf Anträge, die in der ersten Lesung eingebracht wurden, vom Parlament aber nicht an den Gemeinderat zur Überprüfung überwiesen worden sind, zurück kommen, so ist gemäss Artikel 38 Absatz 1 der "Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates" ein Rückkommensantrag zu stellen, über welchen der Rat ohne Diskussion entscheidet.

Das Vorgehen entspricht der Praxis in der Gemeinde Ostermundigen und auch des Grossen Rates des Kantons Bern bei Reglementsbehandlungen in zwei Lesungen. Das Vorgehen wurde von der GPK ebenfalls so festgelegt.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die BVR ist ein besonderes Geschäft, weil der Gemeinderat, das Parlament und die Spezialkommission das Projekt über längere Zeit sehr breit diskutiert haben. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass jetzt mehrere kurze Eintretensvoten seitens Gemeinderat, Spezialkommission und Parlament gehalten werden.

Beim heutigen Geschäft geht es vordergründig „nur“ um die Verkleinerung des Gemeinderates von 9 auf 7 Mitglieder. Bei einer Zustimmung werden aber in mehreren Bereichen Reformschritte angestossen.

Sie kennen sie alle: Die Anzahl Departemente wird ebenfalls von 9 auf 7 reduziert; pro Departement wird eine ständige Kommission eingesetzt; und über die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung diskutieren wir heute Abend auch noch.

Wie die einzelnen Reformschritte ausgestaltet werden, wird von den zuständigen Stellen zu einem späteren Zeitpunkt noch zu beschliessen sein. Die Botschaft des Gemeinderats zeigt einfach die beabsichtigte Richtung auf. Auch das Parlament wird wieder zum Zug kommen, z. B. via "Reglement über die ständigen Kommissionen" oder via die Beschlüsse betreffend WOV. Die heute beantragte Revision der Gemeindeordnung ist die Grundlage - der Türöffner - für die weiteren Reformschritte.

Die BVR ist auch ein besonderes Geschäft, weil alle Projektbeteiligten - seien es Behördenmitglieder oder Mitarbeitende der Verwaltung - in der einen oder andern Form von Reformschritten betroffen sind. Diese Tatsache hat auch die Diskussionen in der breit abgestützten Spezialkommission geprägt. Umso bemerkenswerter und erfreulicher ist der weitgehende

Konsens, der in der Spezialkommission erzielt werden konnte. Ich möchte allen am Projekt Beteiligten für ihren grossen Einsatz und ihre konstruktiven Beiträge bestens danken. Bei niemandem deckt das heutige Projekt die Wunschvorstellungen zu 100 % ab, alle mussten in der einen oder andern Frage über den eigenen Schatten springen. Anders kann ein derart breit abgestütztes Projekt nicht zum Erfolg kommen.

Es wäre falsch, heute zu sagen, wir würden mit dem Projekt nur einen kleinen Schritt machen - wie gesagt, die Revision der Gemeindeordnung stösst weitere Reformschritte an, und viele Beteiligte sind in der einen oder andern Form betroffen. Die Aussage "wir machen einen grossen Schritt" wäre auch falsch. Der Aufgabenbereich bleibt gleich und die Verwaltung hat bis heute zuverlässig und qualifiziert gearbeitet. Aus meiner Sicht ist der Schritt sinnvoll und zweckmässig.

Wir sollten heute Abend zu einer Entscheidung kommen, ob die Behörden und Verwaltungsreform angepackt werden soll oder nicht. Ich bin gespannt auf die Diskussion.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Heute beschäftigen wir uns für einmal mit uns selber: Nämlich mit den politischen Führungsstrukturen und Führungsinstrumenten in unserer Gemeinde und ich bin sehr gespannt auf die Debatte.

Wie der Gemeindepräsident bereits erwähnt hat, hat das Geschäft eine lange Vorgeschichte. Seit 2007 damals noch als Parlamentarierin engagiere ich mich für diese Reformthematik, in der es darum geht, eine überwiesene Motion umzusetzen. Der Gemeinderat soll verkleinert und die Führungs- und Verwaltungsstrukturen optimiert werden. Ich habe mich nicht zuletzt auch deshalb eingesetzt, weil ich persönlich vom Sinn dieses Schrittes überzeugt bin.

Als ich Gemeinderätin geworden bin, habe ich an diesem Projekt weiter mitgearbeitet. Daher sitze ich heute hier mit zwei Hüten: Als Präsidentin der parlamentarischen Spezialkommission zur Behörden- und Verwaltungsreform und als Gemeinderätin.

Die Spezialkommission, in der alle Parlamentsparteien vertreten waren, hat in den vergangenen zwei Jahren hart gearbeitet (einzelne Exponenten schon seit 2004). An 14 zum Teil langen Abendsitzungen haben die Kommissionsmitglieder die Grundlagen einer umfassenden Gemeindereform mit erarbeitet und sie im August mit nur einer Differenz zum Gemeinderat zu Händen des Parlaments einstimmig verabschiedet. Das ist angesichts der anfänglich doch recht unterschiedlichen Standpunkte ein Erfolg.

Ich möchte den Kommissionsmitgliedern für ihren Einsatz und ihre Ausdauer danken. Das gleiche gilt auch für die Projektleitung. Der Weg war lange und manchmal auch beschwerlich.

Das erfreuliche Resultat zeigt uns drei wichtige Dinge auf:

- Alle beteiligten Parteien waren auch bereit, die Dinge wirklich „z'Bode“ zu diskutieren und im Interesse der Sache auf die Durchsetzung von Einzelinteressen zu verzichten.
- Wir haben damit in Ostermundigen eine politische Kultur, die es auch bei umstrittenen Themen ermöglicht, über die Parteigrenzen hinweg auf ein Ziel hin zu arbeiten. Diese Kultur ist Voraussetzung für Reformkraft und weitere Vorwärtsstrategien im Hinblick auf die Zukunft.



- Die Spezialkommission und der Gemeinderat legen dem Parlament eine Lösung vor, die politisch und fachlich sinnvoll ist und gleichzeitig das Ergebnis von verschiedenen Kompromissen darstellt, welche die Parteien eingegangen sind. Das war bei diesem Projekt die grosse Herausforderung.

Von daher glaube ich, wir haben das Möglichste unternommen, um dem Parlament einen breit abgestützten und inhaltlich sinnvollen Weg zur Umsetzung der Motion zu unterbreiten.

**Mitglied der SpeKo BVR Eduard Rippstein (CVP):** Als Mitglied der Steuerungskommission bin ich seit Beginn des Geschäftes stark involviert. Diese "unendliche Geschichte" hat vor vielen Jahren (2003) angefangen. Im Jahr 2007 wurde mit einem Parlamentsbeschluss der richtige Startschuss abgefeuert. Die Spezialkommission, der Steuerungsausschuss und die Arbeitsgruppe haben gute Arbeit geleistet. Wir mussten zwingend miteinander Kompromisse eingehen. Es wurden keine faulen Kompromisse eingegangen.

Es wäre schlecht, wenn heute Abend Einzelteile diskutiert und verändert werden. Damit würde alles auseinander fallen und zu keinem Ziel mehr führen. Der Prozess geht weiter. Bis jetzt haben wir die Basis erarbeitet. Auch der Rest vom Geschäft wird dem Parlament noch vorgestellt. Zu allen Reglementsänderungen kann das Parlament Stellung nehmen. Des weitern haben wir beschlossen, die Spezialkommission und die Arbeitsgruppen noch nicht aufzulösen. Bei Problemen können die Arbeitsgruppen wieder ins Leben gerufen werden und die Arbeit unverzüglich aufnehmen.

Es ist eine gute Lösung für die Behörden- und Verwaltungsreform.

**GPK-Präsident Ernst Hirsiger (SVP):** Ich möchte mich zu einer "Fristenfrage" äussern. Im GPK-Protokoll (Seite 73) wird die Terminplanung dieses Geschäftes abgebildet. Ursprünglich war vorgesehen, ab dem 1. Januar 2013 mit der Behörden- und Verwaltungsreform zu starten. Gleichzeitig hätte WoV flächendeckend eingeführt werden sollen.

Mit dem vorliegenden Geschäft (Traktandum Nr. 53) wurden die Grundlagen für den Start der Behörden- und Verwaltungsreform inkl. Volksabstimmung geschaffen. Mit dem Traktandum Nr. 55 geht es spezifisch um die Verwaltungsführung.

Fristen: Realistisch wird die flächendeckende Einführung per 2014 oder 2015 sein.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Somit können wir mit der Debatte starten. Als erstes kann sich der Rat allgemein zum Geschäft äussern und anschliessend werden die vier betreffenden Artikel behandelt.

**Markus Truog (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt der Spezialkommission für die lange und gute Vorbereitung des Geschäftes. Wir stehen hinter dem Entscheid vom Juli 2009 betreffend die Verkleinerung des Gemeinderates von 9 auf neu 7 Mitglieder. Wir werden der Revision wie beantragt zustimmen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Auch ich durfte in der Spezialkommission Einsitz nehmen. Ich danke für die gemeinsame Erarbeitung des vorliegenden Kompromisses. Die Lösung wurde von allen Vertretenden akzeptiert und gestützt. Allerdings ist die Vorlage teuer in der politischen Entscheidungsfindung. Sie hat Potenzial für die Weiterentwicklung. Die engen politischen Spielräume können gut mit Übersicht verantwortlich genutzt werden: Die Piloten für die WoV, die Reduktion des Gemeinderates und die Teilreform der "Geschäftsprüfungskommission".

Allerdings gibt es auch bedenkliche Punkte: Parallele Arbeit der Kommissionen und die Kommunikation. Schlussendlich können wir uns von wesentlichen Punkten ablenken lassen. Trotzdem, die FDP-Fraktion steht hinter dem vorliegenden Geschäft.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Wie kaum anders zu erwarten, hat sich auch die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion Gedanken zum Geschäft gemacht. Nach spannender und ausführlicher Beratung sind wir überein gekommen, dass wir der Vorlage zustimmen werden. Immerhin geht es um die Umsetzung von Grundsatzbeschlüssen, welche der GGR bereits im Juli 2009 beschlossen hat.

Wir stehen hinter der Reduktion des Gemeinderates auf 7 Mitglieder. Auch dass der Gemeinderat weiterhin im Proporzverfahren gewählt wird. Während der Diskussion haben einige Parteimitglieder ihre Sympathien für einen 5-köpfigen Gemeinderat kundgetan, welcher im Majorzverfahren hätte gewählt werden können. Doch letzten Endes haben wir uns für die vorliegende Variante entschieden.

Sind wir offen und ehrlich! Parteipolitisch kann es den grossen Parteien in Ostermundigen egal sein, ob wir einen Gemeinderat mit 5 oder 7 Mitglieder bzw. dieser im Proporz- oder Majorzverfahren gewählt wird. Wir werden unser politisches Gewicht im Gemeinderat halten können. Trotzdem setzt sich die Ratslinke heute Abend klar für einen 7-köpfigen Gemeinderat ein, welcher im Proporzverfahren gewählt wird. Dies nicht weil wir uns politisch absichern wollen, sondern um der politischen Mitte eine genügend grosse Chance zu geben, sich in der Exekutive einzubringen und damit Beschlüsse des Gemeinderates politisch möglichst bereit abzustützen.

Wir sind auch damit einverstanden, dass in Zukunft alle Exekutivkommissionen aus 7 Mitgliedern bestehen, da - bis auf die GPK mit ihrem grossen Aufgabengebiet - keine Notwendigkeit von übergrossen Kommissionen besteht.

Ebenfalls stehen wir zum Prinzip, dass jedes Gemeinderatsmitglied eine Abteilung mit einer Kommission als Unterstützung zugeteilt ist. Allerdings betonen wir die Voraussetzung, dass der Gemeinderat nicht zu einem Haufen Einzelkämpfer, welche nur ihr eigenes Departement betreuen, werden darf. Es geht primär um einen optimalen Service am Volk und nicht um den Burgfrieden zwischen den Gemeinderäten.

Wir begrüssen, dass die Abteilung Vormundschaft/Justiz mit der Abteilung Soziales vereint werden soll sowie die Fusion von Tiefbau und Gemeindebetriebe.

**Renate Bolliger (EVP):** "Was lange währt wird hoffentlich endlich gut!" Seit 7 Jahren beschäftigt uns schon die Behörden- und Verwaltungsreform. Ob sich Rolf Rickenbach damals bewusst war, welche jahrelange Arbeit er mit seinem Vorstoss auslösen wird?

Lange hatte sich die EVP-Fraktion gegen die Reformen gewehrt. Sie waren für uns entweder nicht akzeptabel oder die Vorlagen waren zu unausgereift. Seither ist viel in den verschiedenen Arbeitsgruppen über den Ideen und Vorschlägen gebrütet worden. Heute haben wir nun eine Vorlage vor uns, welche eine Kompromisslösung ist. Und heute ist es auch das erste Mal, wo wir als EVP-Fraktion sagen können, dass wir mit der Lösung einverstanden sind. Aus der jetzigen Vorlage kommt heraus, dass nun professionell gearbeitet wurde. Das jetzige Geschäft zusammen mit den folgenden zeichnet nun ein ganzheitliches, durchdachtes Bild.

Obwohl wir immer noch nicht Feuer und Flamme für die Revision sind, stellen wir uns nun als EVP-Fraktion hinter die Vorlage.

- Die Punkte, über die heute abgestimmt werden in diesem Geschäft, sind für uns nachvollziehbar. Hierzu stellen wir auch keine Anträge.
- Übersichtlich ist auch, dass es zwei Geschäfte zur Gemeindeordnung gibt, eine aus den Änderungen der Verwaltungs- und Behördenreform und eine mit den allgemeinen Änderungen.
- Es ist sehr gut, dass auch die Vorlagen erwähnt und vorgestellt wurden, die später zur Abstimmung kommen. Dies vervollständigt das Gesamtbild.
- Der heikelste Punkt im Ganzen bilden sicher die Zusammenlegungen der Abteilungen, einerseits Vormundschaft/Justiz und Soziales, andererseits Abteilungen Tiefbau und Gemeindebetriebe, und die Verschiebung der Dienststelle Planung in die Abteilung Hochbau.

Inhaltlich sind wir einverstanden, wir denken, dass es Sinn macht, die Abteilungen so zusammen zu legen. Es ist uns aber sehr bewusst: Auf dem Papier ist dies schnell gemacht. In Wirklichkeit sind dann aber Menschen, die nicht wissen, wie ihre Zukunft aussieht, und für die grosse Veränderungen anstehen. Uns als EVP-Fraktion ist es sehr wichtig, dass die Arbeit an diesen Zusammenlegungen sehr sorgfältig vorbereitet, geplant und später dann auch ausgeführt wird. Hier hoffe ich, dass dies sehr professionell gemacht wird. Einen unüberlegten Schnellschuss sollten wir uns unter keinen Umständen leisten.

Die EVP-Fraktion wird dem Geschäft so zustimmen. Ich möchte es nicht unterlassen, allen zu danken, die sehr viel Energie und Arbeit in dieses Projekt gesteckt haben. Es war nicht immer einfach, aber viele haben Durchhaltewillen bewiesen, um eine Lösung zu finden, die mehrheitsfähig ist und nun eine breite Akzeptanz hat.

**Ratspräsidentin:** Zum Geschäft im Allgemeinen liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir können die Diskussion zu den vier Artikeln vornehmen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Zu Artikel 54 Gemeindeordnung - Bst. b) Geschäftsprüfungskommission

Bereits als Mitglied der Spezialkommission habe ich den Antrag für eine 9-köpfige GPK gestellt. Mit der Botschaft und im speziellen mit WoV habe ich mich gründlich auseinandergesetzt. Mit der Einführung von WoV wird die Aufgabenverteilung der GPK sich verändern.

Mein damaliger Antrag von 9 Personen war nicht "das Ei des Kolumbus". Aus diesem Grund stellen wir betreffend die Mitgliederzahl den **Änderungsantrag Nr. 1:**

*Der Grosse Gemeinderat wählt 7 bis 11 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für vier Jahre.*

Bis heute war die Geschäftsprüfungskommission mit 7 Mitgliedern genügend stark besetzt. Sie musste nur prüfen, ob die Vorlagen behandlungsfähig sind.

Wir sind sehr dafür, dass zuerst mit WoV ein erfolgreicher Versuch gestartet wird. Aus heutiger Sicht ist der Aufwand dafür noch in keiner Weise abschliessend kalkulierbar. Meine Bedenken habe ich bereits in der Geschäftsprüfungskommission eingebracht. Mir wurde daraufhin empfohlen, mit dem Finanzverwalter Kontakt aufzunehmen. Es hängt auch vom vorausgehenden Engagement der Verwaltung, der parlamentarischen Kommissionen und des Gemeinderats ab. Auch die von der Finanzabteilung künftig zu liefernde Gesamtschau der Gemeindefinanzen muss bekannt sein. Unser Antrag liefert den personell nötigen Handlungsspielraum.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP)** Walter Bruderer, wenn es sich bei deinem Votum um einen Änderungsantrag handelt, welcher der GGR in der zweiten Lesung nochmals beraten soll, so musst du mir diesen unbedingt in schriftlicher Form abgeben.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Die entscheidende Frage, welche wir uns in der Projektleitung gestellt haben, ist die: Wie viele Mitglieder muss die GPK haben, damit Ausschüsse gebildet werden können? Inskünftig sollen spezielle Themen und Aufgaben in Unterausschüssen behandelt werden können. Der Antrag von Walter Bruderer für 9 Mitglieder wurde von der Spezialkommission genehmigt. Mit 9 Mitgliedern können drei Ausschüsse gebildet werden. Die "Variante 9" macht also Sinn.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich verstehe die Bedenken von Walter Bruderer. Es ist aber schwierig, diese so in die neue Gemeindeordnung aufzunehmen. In der Gemeindeordnung ist erwähnt, dass ein GPK-Mitglied in keiner anderen Kommission Mitglied sein darf. Mit einer Bandbreite von 7 bis 11 Mitgliedern ist der Unsicherheitsfaktor zu gross. Starten wir wie vorgesehen mit 9 Mitgliedern. Wenn es nicht funktioniert, dann sind wir flexibel genug, die Gemeindeordnung zu ändern.

**Heinz Gfeller (FDP):** Der Grund, um Ausschüsse in der GPK zu bilden, sind die neue Anzahl von 7 Departementen mit WoV hinterlegten Produktgruppen, welche mit 7 Ausschüssen überprüft werden muss. Das bedeutet, dass ein GPK-Mitglied in ein bis zwei Ausschüssen vertreten sein wird.

Ein anderer Gedanke ist der: Wir wollen mit dieser Vorlage in die Volksabstimmung. Die Vorlage soll klar und eindeutig sein! Ich schliesse mich dem Vorredner Eduard Rippstein voll und ganz an.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Die Frage, die sich stellt ist, wer entscheidet bei dieser Variante, ob wir 7 oder 11 Mitglieder in die GPK bestellen werden?

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir haben über den **Änderungsantrag Nr. 1** des FORUMS abzustimmen. Der Wortlaut heisst da:

*Der Grosse Gemeinderat wählt 7 bis 11 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für vier Jahre.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 1 des FORUM wird mit 27 zu 1 Stimme abgelehnt.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir können mit der Detailberatung der zu revidierenden Artikeln fortfahren.

Zu den vier Artikeln liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Bevor wir zur Schlussabstimmung schreiten werden, möchte ich Bruno Grossniklaus noch die Möglichkeit für seine Erläuterungen geben.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Wie vorhin bereits erwähnt, haben wir noch zwei Bemerkungen anzubringen:

- Geplant ist, dass in die Abteilung Hochbau die Stabsstelle "Planung", sowie eine Stabsstelle "Stadtmarketing/-entwicklung" beim Gemeindepräsidenten, eingebettet werden. Je nach Aufgabendefinition wäre es besser, beide Funktionen in eine Stabsstelle zusammen zu fassen und dann entweder der Abteilung Hochbau oder in die Abteilung Präsidiales zu überführen.
- In der Botschaft wird in Pos. 2.7 erwähnt, dass die Auslagerung der Abteilung Gemeindebetriebe geprüft werden soll. Die Fraktion zeigt sich bereit, so einen Schritt politisch mitzutragen, sofern er sinnvoll ist. Denn zu bedenken gibt's, dass diverse Gemeinden (z. B. Stadt Bern) mit einem solchen Projekt in Probleme geraten sind.

Wir danken der Spezialkommission für ihre harte Arbeit und der Gemeinde für die klar gegliederte Botschaft.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die Stadtentwicklung führt zu Diskussionen. Wenn die Botschaft genau gelesen wird, so kann dieser entnommen werden, dass die Abteilung Hochbau "Hochbauten" und die Stadtentwicklung "Regionen" inkl. Verkehrsflüsse bearbeiten. Dies ist ein Vertreter der Gemeinde gegen Aussen. Nach meiner Auffassung ist die Stadtentwicklung eine gute Sache. Doch wir sollten dem Gemeinderat für die Detailabklärungen Zeit gewähren.

**Ratspräsidentin:** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die im Zusammenhang mit der „Behörden- und Verwaltungsreform“ stehenden, revidierten Artikel Nr. 8, 30, 54 und 61 der Gemeindeordnung werden genehmigt und zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Besten Dank für die starke Unterstützung sowie die Einstimmigkeit. Für die Weiterentwicklung und die Umsetzung des Geschäftes ist das ein starkes Zeichen seitens des Parlamentes. Die Anregungen aus der Diskussion nehmen wir gerne entgegen. Die Stadtentwicklung wird im Parlament bei der Revision des Reglements über die ständigen Kommissionen wiederum Thema sein.

10.0.11 Reglemente der Gemeinde (früher 10.11)

## 54. Gemeindeordnung: Teilrevision; übrige Änderungen (ohne Behörden- und Verwaltungsreform) - 1. Lesung

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Zuerst kann sich der Rat zur Botschaft äussern. Anschliessend werden wir die Detailberatung der Gemeindeordnung vornehmen. Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Walter Bruderer (FORUM):** Das FORUM hat zu diversen Artikeln Bemerkungen und Änderungsanträge.

- Artikel 9 Absatz 4 - Unvereinbarkeit (= Einsitznahme ist weiterhin möglich)

Warum sollte das Gemeindepersonal dem Parlament nicht angehören dürfen? Diese Leute haben ein grosses Wissen, das dem Parlament nützen kann. Bringt es denn mehr, wenn ein Parteimitglied die eigene Partei mit Insiderwissen beliefert, das nachher durch eine Kolleginnen und Kollegen in der GPK und Parlament verwendet wird? Es gibt ja auch noch ein Amtsgeheimnis für die aktiven und pensionierten Gemeindebediensteten.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Lieber Walter Bruderer, ich muss dich unterbrechen. Du bist bereits in der Detailberatung. Wir wollen primär die Diskussion über die Botschaft führen.

**Christian Zeyer (SP):** Die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, die Gemeindeordnung total zu bereinigen - nach dem Motto "wenn schon; denn schon". In der parteiinternen Diskussion ist der folgende **Änderungsantrag Nr. 1** entstanden:

*In der Gemeindeordnung ist an geeigneter Stelle eine Offenlegungspflicht aufzunehmen. In dieser sollen die Mitglieder der Exekutive ihre Interessenbindungen in Verwaltungsräte, Vereine etc. offenlegen.*

Rein nach dem Motto: Was darf der Gemeindepräsident in Zukunft noch und was darf er nicht mehr.

**Ratspräsidentin:** Gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Änderungsantrag Nr. 1 der SP.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Es geht dabei um gewünschte Transparenz. Gegen Transparenz kann sich der Gemeinderat nicht verwehren. Er hat auch nichts zu verstecken. Das Parlament muss entscheiden, ob die gewünschte Offenlegungspflicht dermassen wichtig ist.

**Heinz Gfeller (FDP):** Der Änderungsantrag ist ein schöner Spruch. Wie ist es genau mit der Definition und macht es Sinn, wenn ein Gemeinderatsmitglied erwähnt, dass es noch im Kirchenchor tätig ist? Ich erwarte hier eine ganz scharfe Definition des Textes.

**Colette Nova (SP):** Es ist völlig richtig, dass hier eine scharfe Definition des Textes verlangt wird. Die Exekutivmitglieder müssen exakt wissen, was sie zu deklarieren haben und was nicht. Aus diesem Grund haben wir einen Änderungsantrag in allgemeiner Form erstellt. Dem Gemeinderat soll zuhanden der zweiten Lesung Zeit für die Formulierung des genauen Gesetzestextes gegeben werden. Die Aufgabe der Wortlautformulierung obliegt dem Gemeinderat. Er kann sich von eidgenössischen oder kantonalen Formulierungen inspirieren lassen.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion kann die geforderte Transparenz als Grundidee unterstützen. Ein ausgereifter Vorschlag ist zuhanden der zweiten Lesung zu erbringen.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Zum **Änderungsantrag Nr. 1** der SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Wortlaut ist folgender:

*In der Gemeindeordnung ist an geeigneter Stelle eine Offenlegungspflicht aufzunehmen. In dieser sollen die Mitglieder der Exekutive ihre Interessenbindungen in Verwaltungsräte, Vereine etc. offenlegen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 24 zu 0 Stimmen angenommen.

**Peter Wagner (EVP):** Die EVP-Fraktion wie auch der Vorstand unserer Ortspartei wurden laufend über die Sitzungsergebnisse der Spezialkommission informiert. Zudem wurden sie zu den anstehenden Geschäften konsultiert, so dass unsere Vertretung in der Spezialkommission die Meinung der Partei einbringen konnte. Sie hat sich zudem dafür stark gemacht, dass heute nicht nur die BVR-relevanten Änderungen in die Gemeindeordnung einfließen, sondern auch diejenigen Änderungen, welche bereits im Jahr 2007 durch die damals eingesetzte Spezialkommission diskutiert und festgesetzt wurden.

Den nun vorgesehenen Änderungen in der Gemeindeordnung können wir zustimmen. Einzig die Amtszeitbeschränkung in Art. 26 hat nochmals diskutiert werden müssen. Hier ist die Fraktion geteilter Meinung: Soll die Amtszeitbeschränkung generell für Gemeinderat, GGR und Kommissionen aufgehoben werden, oder nur für den GGR und die Kommissionen, oder soll sie weiterhin gelten? Die Fraktion hat sich entschieden, in dieser Frage keinen Änderungsantrag zu stellen. Die EVP-Fraktion wird deshalb den Antrag des Gemeinderates unterstützen und allen vorgesehenen Änderungen zustimmen.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Nachdem zur Botschaft im Allgemeinen keine Wortmeldungen mehr vorliegen, können wir mit der seitenweise Detailberatung beginnen.



**Rudolf Kehrli (SP):** Ich habe lange überlegt, ob ich etwas sagen soll oder nicht. Bereits Walter Bruderer hat dieses Thema angeschnitten - jetzt bin schneller gewesen.

① Artikel 9 Absatz 4 - Unvereinbarkeit

Diese Änderung kann meiner Meinung nach nicht einfach so gutgeheissen werden. Um was geht es hier?

Sämtliche Mitarbeitende der Gemeinde Ostermundigen können in Zukunft nicht mehr Mitglied im Grossen Gemeinderat sein. Auch die Lehrerschaft von der Schule Ostermundigen wird neu ausgeschlossen sein.

Vor noch nicht allzu langer Zeit - im Jahre 2000 - wurde die Gemeindeordnung so abgeändert, dass auch das Gemeindepersonal im Parlament vertreten sein darf. Für die Lehrerschaft war dies keine Neuerung. Diese durften sich sogar in den Gemeinderat wählen lassen. Daraus lässt sich schliessen, dass der Gemeinderat den Angestellten das Vertrauen geschenkt hatte und sie nicht länger in ihren politischen Rechten beschneiden wollte. Wer also politisch interessiert war, hat seine Wahlchancen testen können. Zwei Personen haben reüssiert: Der eine sitzt dort hinten ganz allein am Tisch und heisst Markus Truog (SVP) und die andere Person ist meine Wenigkeit.

Warum der Gemeinderat plötzlich eine Kehrtwende macht und das Gemeindepersonal aus der Schusslinie halten will, hat mir niemand erklären können. Dieser Akt ist nebulös. Einfach die Behauptung aufzustellen: "*es könnte sein, dass es vielleicht einmal...*" oder "*dass die Person etwas ausplaudern könnte*" oder "*dass es Interessenkonflikte geben könnte*" - wieso gibt es dann die Ausstandsregelung? - Das ist zu einfach!

Es würde dem Gemeinderat gut anstehen, hier klipp und klar die Gründe offenzulegen und zu sagen, wo es in der Vergangenheit nicht funktioniert hat. Aber dann bitte konkret werden und die Probleme namentlich nennen! Wenn grosse Probleme aufgetaucht wären, dann hätten wir hier im Parlament schon lange etwas erfahren. Es ist klar, auch das Gemeindepersonal hat Anrecht auf eine eigene Meinung, können diese vertreten, auch wenn das vielleicht der Obrigkeit nicht gefällt. Schliesslich leben wir heute nicht mehr im "Ancien régime". Aus diesem Grund stelle ich zuhanden der zweiten Lesung den **Änderungsantrag Nr. 2**. Der Artikel 9 Absatz 4 lautet neu:

<sup>4</sup> *Das Gemeindepersonal inkl. der Lehrerschaft darf dem Gemeinderat nicht angehören.*

Das ist eine grosse Verbesserung für das Gemeindepersonal, jedoch auch eine kleine Verschlechterung für die Lehrerschaft. Bei diesem Personenkreis möchte ich mich entschuldigen.

Ich fordere alle Parlamentsmitglieder auf: Setzt ein Zeichen für das Personal - gebt ihnen weiterhin eine Chance.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt ebenfalls einen **Änderungsantrag Nr. 3** zum bereits erwähnten Artikel 9 Absatz 4 - Unvereinbarkeit. Dieser hat neu wie folgt zu lauten:

<sup>4</sup> *Das Gemeindepersonal darf dem Gemeinderat nicht angehören.*

Begründung:

Es ist in der heutigen Zeit schwierig, geeignete und willige Personen zu finden, welche gewillt sind, politische Ämter zu besetzen. Artikel 11 (Ausstand) ist als Absicherung genügend, um

eventuelles Gemeindepersonal bei persönlichen Interessenkonflikten in Geschäften zum Ausstand zu bringen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion und die SVP-Fraktion wollen dasselbe wie das FORUM. Wir möchten den heutigen Zustand beibehalten.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Entschuldigung, in der heute gültigen Gemeindeordnung steht: "... Diese Bestimmung gilt nicht für die Lehrerschaft." Diese Formulierung soll jetzt gestrichen werden. Sprecht euch bitte ab - wir unterbrechen die Sitzung für eine Minute.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Haben sich die drei Antragsteller auf eine einheitliche Formulierung einigen können?

**Walter Bruderer (FORUM):** Die Gemeindeschreiberin hat uns zwischenzeitlich aufgeklärt. Wir sind zur Lösung gekommen, wie sie Gerhard Zaugg (SVP) im Änderungsantrag Nr. 3 vorgestellt hat. Die Lehrerschaft gehört angeblich auch zum Gemeindepersonal. Folglich sollen im Parlament das Gemeindepersonal und die Lehrerschaft weiterhin Einsitz nehmen dürfen.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag Nr. 3** zu Artikel 9 Absatz 4 - Unvereinbarkeit wie bereits erwähnt:

<sup>4</sup> *Das Gemeindepersonal darf dem Gemeinderat nicht angehören.*

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich möchte noch ergänzen, dass wenn das Parlament diesem Änderungsantrag Nr. 3 zustimmt, auch der Absatz 5 wieder in der alten Fassung formuliert werden muss. Ansonsten könnte der Ratssekretär auch Mitglied des Grossen Gemeinderates (GGR) werden und das wäre schon etwas komisch. Die beiden Absätze Nr. 4 und 5 müssen als Ganzes betrachtet werden.

Der Grund, weshalb der Gemeinderat dem GGR wieder die ursprüngliche Formulierung beantragt, ist nicht gegen die heutigen Mitglieder der Verwaltung gerichtet. Diese wurden gewählt und sollen alle Rechte und Pflichten als Parlamentsmitglieder ausüben dürfen. Für mich kommt die Ausstandspflicht nicht in Frage, wenn jemand Parlamentsmitglied ist, so ist es Mitglied. Ansonsten muss von Anfang an gesagt werden, dass sich dies nicht verträgt. Die Auffassung des Gemeinderates ist es, dass die verschiedenen Hierarchiestufen innerhalb der Verwaltung - gleichzeitig ein Geschäft erarbeiten und anschliessend als Parlamentsmitglied darüber befinden - besser getrennt werden sollten. Das Parlament hat der heutigen Situation zugestimmt und der Kanton ermöglicht eine Mitgliedschaft in der Legislative (schliesst nur eine Exekutivmitgliedschaft aus). Ein Ausschluss ist für den Gemeinderat klarer. Unglückliche Konstellationen sollen inskünftig verhindert werden.

**Colette Nova (SP):** Dies ist sicher kein matchentscheidender Punkt. Aber die Ausführungen des Gemeindepräsidenten sprechen ganz klar für die Gewaltentrennung. Diesem Umstand

sollte auch Beachtung geschenkt werden, selbst wenn es zu einer Beschränkung im passiven Wahlrecht führt.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, ist über den **Änderungsantrag Nr. 3** der SVP-Fraktion abzustimmen.

Der Artikel 9 Absatz 4 hat neu wie folgt zu lauten:

<sup>4</sup> *Das Gemeindepersonal darf dem Gemeinderat nicht angehören.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 3 wird zuhanden der 2. Lesung mit 18 zu 8 Stimmen angenommen.

**Rudolf Kehrli (SP):** Nur der Form halber sei hier erwähnt, dass ich meinen **Änderungsantrag Nr. 2** zurück ziehe.

**Eduard Rippstein (CVP):** Über den Absatz 5 des Artikels 9 haben wir, wie von Gemeindepräsidenten vorgeschlagen, ebenfalls noch abzustimmen.

**Ratspräsidentin:** Wenn dazu keine Wortmeldungen vorliegen, ist über den zweiten Teil des **Änderungsantrag Nr. 3** der SVP-Fraktion abzustimmen.

Der Artikel 9 Absatz 5 ist in der alten Version zu übernehmen, die da lautet:

<sup>5</sup> *Unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Grossen Gemeinderat oder in einer Kommission mit Entscheidbefugnis sind alle durch die Gemeinde Beschäftigten, die diesen Organisationen unmittelbar untergeordnet sind und deren Beschäftigungsgrad das Minimum der obligatorischen Versicherung gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge erreicht.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 3 (2. Teil resp. Absatz 5) wird zuhanden der 2. Lesung einstimmig angenommen.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Gehen wir weiter in der Detailberatung.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich stelle den **Änderungsantrag Nr. 4:**

*Der Artikel 26 (Amtszeitbeschränkung) ist ersatzlos zu streichen.*

Begründung:

Die Amtszeitbeschränkung ist ein alter Zopf und nicht mehr zeitgemäss. Diese Vorschrift behindert nur. In Fachgremien gilt diese Einschränkung nicht. Vor allem kleine Parteien haben Mühe, genügend Personal für die Ämterbesetzungen zu finden.

Mein persönliches Problem liegt darin, dass ich nun in der dritten Amtsperiode als Parlamentsmitglied stehe und ich möchte wahnsinnig gerne bei der Einführung der Behörden- und Verwaltungsreform mit dabei sein.

**1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP):** Einen Änderungsantrag, wie von Eduard Rippstein erwähnt, hätte ich auch gerne gesehen. Hier gilt das gleiche Argument, wie vorhin bereits von Rudolf Kehrli zu Artikel 9 erwähnt wurde. Ich persönlich habe nicht nur Sympathien zum Votum von Eduard Rippstein, weil ich das zweitdienstälteste Parlamentsmitglied bin. Nein, für mich ist es komisch, dass ein Parlamentsmitglied nach einem vierjährigen Ausstand wieder ins Parlament gewählt werden kann. Ist eine Amtszeitbeschränkung das richtige Instrument? Ich persönlich werde den Änderungsantrag Nr. 4 von Eduard Rippstein (CVP) unterstützen.

<sup>1)</sup>

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Zuerst wollten wir die Amtszeitbeschränkung für den Gemeinderat und keine Amtszeitbeschränkung für das Parlament. Der Gemeinderat ist jedoch zur Auffassung gekommen, eine einheitliche Lösung für sämtliche Behördenmitglieder (Legislative und Exekutive exkl. Gemeindepräsident) vorzuschlagen. Irgendwann wurde ein Grund gefunden, diese Amtszeitbeschränkung einzuführen. Ein gewisser Wechsel schadet nicht. Und wenn jemand den unbändigen Willen hat, nach vier Jahren wieder als Behördenmitglied mitzumachen, ist dies möglich. Der Gemeinderat sieht die Amtszeitbeschränkung nicht als Nachteil.

**Peter Wegmann (FDP):** Die FDP-Fraktion ist gegen den Änderungsantrag Nr. 4 von Eduard Rippstein (CVP). Alles hat zwei Seiten und klar ist es heute schwierig, neue Leute zu rekrutieren. Auf der anderen Seite kennen wir auch die sogenannten "Sesselkleber". Eines scheint klar zu sein, neues Blut tut mitunter gut.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich persönlich bin gegen die Amtszeitbeschränkung aber ich habe nicht Angst davor, dass wir lauter 20 Jahre lange Parlamentsmitglieder hier im Rat haben werden. Solche Amtsdauern werden die Ausnahme bleiben und deshalb kann ich der Aufhebung der Amtszeitbeschränkung zustimmen. Vor allem für die kleineren Parteien könnte dies wichtig sein, haben sie doch nicht so viele valable Kandidaten. Ansonsten ist es die Aufgabe der Fraktionsleitungen dafür zu sorgen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich bin einer davon, der sich erlaubt hat, sich nach 12 Jahren nochmals portieren zu lassen. Hat jemand den Eindruck erhalten, ich sei je unvorbereitet zu einer GGR-Sitzung erschienen? Man könnte die Amtszeitbeschränkung auch für die Parlamentsmitglieder einführen, welche die Botschaften vorgängig gar nicht lesen. Ich möchte

---

<sup>1)</sup> Beat Leumann (FDP) tritt um 19.30 Uhr der Sitzung bei. Es sind 32 Ratsmitglieder anwesend

Christian Zahler entgegen halten, dass auch Gemeindepräsidenten älter werden. Im Zusammenhang mit der Revision des Reglements über die ständigen Kommissionen werde ich auf diese Problematik zurückkommen.

Ich bin heute auch nicht mehr gleich „zwäg“, wie ich mit 40 oder 50 Jahren war. Nur heute habe ich die Zeit - welche ich früher nicht hatte - mich mit der Politik zu befassen. In der Zeitung habe ich gelesen, dass in Wynau (BE) ein 23-jähriger zum Gemeindepräsidenten gewählt worden ist. Theoretisch könnte dieser nun bis zum 65-igsten Altersjahr Gemeindepräsident sein. Ich werde darauf zurückkommen und die Frage stellen: "Wie lange darf einer Gemeindepräsident bleiben?"

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Das Parlament hat über den **Änderungsantrag Nr. 4** von Eduard Rippstein (CVP) abzustimmen:

*Der Artikel 26 (Amtszeitbeschränkung) ist ersatzlos zu streichen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 4 wird mit 15 zu 9 Stimmen angenommen.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Somit können wir mit der Detailberatung der Gemeindeordnung weiterfahren.

**Walter Bruderer (FORUM):** Artikel 43 - Volksmotion und -postulat

Wir möchten einen zusätzlichen Absatz 3. Eine Volksmotion wird von Personen eingereicht, welche nicht im Parlament vertreten sind. Mich hat es sehr enttäuscht, dass eine Volksmotion via Verwaltungsbericht abgeschrieben worden ist. Dem Volk wird via Gemeindeordnung die Möglichkeit zur Einreichung einer Volksmotion und -postulat gegeben. Die Volksmotion betreffend Natelantennen wurde via Verwaltungsbericht abgeschrieben. Der Erstunterzeichner hat mir mitgeteilt, dass er von der Gemeinde Ostermundigen nie etwas über den Stand des Geschäftes erfahren hat. Aus diesem Grund stellen wir den **Änderungsantrag Nr. 5** für einen neuen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut:

<sup>3</sup> *Die Antworten des Gemeinderats auf Volksmotionen und -postulate sind dem Parlament als eigenständige Geschäfte zu unterbreiten. Den Motionären oder Postulanten ist vor der Behandlung im Parlament ein Exemplar der gemeinderätlichen Botschaft zuzustellen.*

Wer das Einreichen von Volksvorstössen ermöglicht, muss das ganze Verfahren (demokratisch) auch auf konstruktive Weise abwickeln und zu Ende führen.

**Colette Nova (SP):** Dem Volk stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, sich in Themen einzubinden. Eine gute Möglichkeit ist die Volksinitiative (siehe Artikel 33 GO). Diese kann nicht so wie eine Volksmotion resp. ein Volkspostulat abgeschmettert werden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich möchte dem Parlament bleibt machen, dem bestehenden Artikel 43 zuzustimmen. Eine Volksmotion kann eingereicht werden. Aber dann wird sie gleich behandelt wie eine Motion resp. Postulat, die durch die Parlamentsmitglieder eingereicht werden. Wenn das Parlament zustimmt, so handelt es sich um einen Parlamentsbeschluss und das Geschäft wird dementsprechend behandelt. Das Volksmotionskomitee kann nicht noch bevorzugt behandelt werden. Das macht vom Ablauf her auch keinen Sinn. Es ist das Parlament, welches die Volksvorstösse akzeptiert und anschliessend der Abschreibung per Verwaltungsbericht zustimmt oder als dann ablehnt. Wenn das Parlament eine separate Behandlung des Geschäftes will, so kann es dies beschliessen. Es ist das gleiche Parlament, welches seinerzeit die Volksmotion überwiesen hat.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen zum Änderungsantrag des FORUMS vor. Ich verlese nochmals den **Änderungsantrag Nr. 5** für einen neuen Absatz 3:

<sup>3</sup> *Die Antworten des Gemeinderats auf Volksmotionen und -postulate sind dem Parlament als eigenständige Geschäfte zu unterbreiten. Den Motionären oder Postulanten ist vor der Behandlung im Parlament ein Exemplar der gemeinderätlichen Botschaft zuzustellen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 5 des FORUMS wird mit 22 zu 4 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir können mit der Detailberatung der Gemeindeordnung weiterfahren.

**Christian Zeyer (SP):** Etwas stösst mir sauer auf. Den Volksmotionären sollte von Seiten Gemeinde eine Antwort erteilt werden, auch wenn dies in keinem Reglement so vorgesehen ist. Es sind Leute, welche sich für das Wohl der Gemeinde engagieren.

**Walter Bruderer (FORUM):** Artikel 47 - Öffentlichkeit

Auch hier möchte ich einen zusätzlichen Absatz 2. Ich stelle den folgenden **Änderungsantrag Nr. 6:**

<sup>2</sup> *In alle Vorlagen, die dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden, sind die Anträge und die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden parlamentarischen Kommissionen aufzunehmen.*

Als langjähriges Mitglied der FIKO möchte ich z. B. erfahren, welche Anträge diese wichtige vorberatende Kommission dem Gemeinderat gestellt hat. In dieser vorberatenden Kommission wirken Personen von allen Parteien mit. Der Gemeindepräsident hat vorhin von Transparenz gesprochen. Wieso kann das Stimmenverhältnis der Hochbaukommission nicht dem Parlament kundgetan werden?

**1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP):** Damit wir uns bestens an die Spielregeln halten, ist der Änderungsantrag Nr. 6 von Walter Bruderer zuhanden der zweiten Lesung zu prüfen. Heute können wir den Reglementstext nicht zu Hundertprozent richtig formulieren. Wo dann genau dieser Text in die Gemeindeordnung eingeführt werden kann, soll bis im Februar 2011 von der Projektleitung geprüft werden.

**Rahel Wagner (EVP):** Walter Bruderer, ich kann mich daran erinnern, dass wir in der Spezialkommission BVR x-Mal über diese Sache diskutiert haben. Uns wurde klar dargelegt, welche Aufgaben die Kommissionen zu erledigen haben. Nämlich die Geschäfte vorzubereiten und anschliessend dem Gemeinderat entsprechend Antrag zu stellen. Der Gemeinderat entscheidet über das Geschäft und stellt letzten Endes dem GGR den entsprechenden Antrag.

Die Parteien haben in den Kommissionen ihre Vertretungen und diese nehmen die parteiinterne Beratung vor. Das Abstimmungsergebnis und wer was letztendlich abgestimmt hat, geht doch bereits zu sehr ins Detail und interessiert uns Parlamentsmitglieder wenig. Dieser Aufwand bringt nichts und ich hoffe, dass du Walter Bruderer den Änderungsantrag zurückziehst.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ein wenig habe ich Sympathie für den Änderungsantrag Nr. 6. Aber wir müssen unterscheiden zwischen parlamentarischen Kommissionen, welche zuhanden des GGR Stellungnahmen abgeben können. Doch die Finanzkommission sowie die Departementskommissionen sind dem Gemeinderat unterstellt. Es kann nicht sein, dass eine Kommission, welche dem Gemeinderat unterstellt ist, dem Parlament Auskunft gibt. Dieses Vorgehen steht rechtlich nicht im Einklang.

**Walter Bruderer (FORUM):** Das Votum von Norbert Riesen hat mich überzeugt. Der beste Weg ist das vorgeschlagene Vorgehen mittels zweiter Lesung.

**Beat Leumann (FDP):** Walter Bruderer meint es mit der Öffentlichkeit gut. Vielfach vernehme ich vor allem von den jüngeren Parteimitgliedern, dass die abgegebenen Unterlagen zu umfangreich sind und dass auf ein gründliches Lesen der abgegebenen Unterlagen verzichtet wird. Das Interesse hält sich somit im Rahmen und der Aufwand ist zu gross.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Walter Bruderer, hältst du an deinem Änderungsantrag fest oder willst du diesen umformuliert nochmals vortragen?

Der abgeänderte Text des **Änderungsantrags Nr. 6** lautet wie folgt:

<sup>2</sup> *In alle Vorlagen, die dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden, sind die Anträge und die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden parlamentarischen Kommissionen aufzunehmen.*

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Jetzt wird das Ganze schwierig. Wir haben nur eine parlamentarische Kommission und das ist die Geschäftsprüfungskommission. Die Parlamentsmitglieder werden mit dem entsprechenden Protokoll bedient. In der Spezialkommission

on BVR wurde dieses Thema bereits diskutiert. Es wurde die Idee der Einsetzung von mehreren parlamentarischen Kommissionen, welche dem Parlament Antrag stellen können, geprüft. Die Spezialkommission BVR war jedoch der Auffassung, dass eine grössere Geschäftsprüfungskommission, welche Ausschüsse bilden kann, der bessere Weg ist.

Der Gemeinderat schlägt dem Parlament vor, nur die grössere Geschäftsprüfungskommission in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Ich möchte noch zu bedenken geben, dass die Geschäfte, welche dem Gemeinderat vorgestellt werden, im gleichen Wortlaut auch dem Parlament vorgelegt werden müssten. Änderungen müssen von der vorberatenden Kommission vorgenommen werden und das ganze Ablaufprozedere müsste neu aufgezeigt werden.

Ich finde eine solche Regelung in der Gemeindeordnung übertrieben. Der Wortlaut könnte in die Geschäftsordnung des GGR eingebracht werden. Ich bitte deshalb den GGR, den Änderungsantrag Nr. 6 nicht zu überweisen.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ein Vorschlag zur Entflechtung: Wir haben das Reglement über die ständigen Kommissionen noch zu beraten. Unter Umständen könnte dieser Passus dort eingebracht werden. Ich schlage Walter Bruderer vor, seinen Änderungsantrag zurück zu ziehen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Den Vorschlag von Eduard Rippstein kann ich unterstützen und aus diesem Grund ziehe ich meinen **Änderungsantrag Nr. 6** zurück.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir fahren mit der Detailberatung fort.

**Markus Truog (SVP):** Die SVP-Fraktion hat eine Wissenslücke:

① Artikel 54 Absatz 1 Ziffer e)

Wieso wird die Ziffer e) ersatzlos gestrichen? Der Datenschutzbeauftragte wird jeweils für eine Legislaturperiode vom GGR gewählt. Das kantonale Informationsgesetz nennt explizit den Datenschutzbeauftragten der Gemeinde. Wie verhält sich das Ganze auch mit dem folgenden Artikel 60. Wer ist inskünftig zuständig für die Wahl des Datenschutzbeauftragten und wie sieht die reglementarische Bestimmung aus?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** In Artikel 60 Absatz 2 wird erwähnt, dass die Geschäftsprüfungskommission Datenschutzfragen als Aufsichtsstelle gemäss Datenschutzreglement behandelt. Die Geschäftsprüfungskommission hat diese Aufgaben zu übernehmen und den Datenschutzbeauftragten benötigt es nicht mehr. Wird für eine bestimmte Situation ein Jurist erforderlich, so kann dieser immer noch beigezogen werden. Wenn die Geschäftsprüfungskommission die Aufsicht übernimmt, hat das Parlament auch keinen Datenschutzbeauftragten mehr zu wählen.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Wir sind der Auffassung, dass diese Lösung auch inhaltlich richtig ist. Wenn die GPK inskünftig Aufsichtsstelle ist, wird brei-



ter von allfälligen Datenschutzthemen Kenntnis genommen. Die Thematik "Datenschutz" wird dadurch aufgewertet.

**Markus Truog (SVP):** Jetzt ist auch mir bewusst, wie es inskünftig funktionieren soll. Ich möchte jedoch noch zu bedenken geben, dass auch das Datenschutzreglement entsprechend angepasst werden muss.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir führen die Detailberatung fort.

**Walter Bruderer (FORUM):** Artikel 62 Absatz 2 - Gemeindepräsidium

Ich stelle den **Änderungsantrag Nr. 7:**

*Die heutige Regelung ist beizubehalten.*

Der Gemeindepräsident soll nicht als Grossrat, National- oder Ständerat kandidieren können. Die regional zu koordinierenden Probleme der Gemeinde soll er viel mehr in der Regionalkonferenz einbringen und vertreten. Bestimmt finden die Gemeindepräsidenten aller Gemeinden auch jederzeit eine offene Tür bei den Regierungsräten und auch bei den Parteiprääsidenten auf jeder politischen Ebene. Im kantonalen wie im eidgenössischen Parlament wird meistens parteipolitisch argumentiert und abgestimmt. Wir wollen jedoch, dass der Gemeindepräsident in den übergeordneten Gremien nur die ganzheitliche Meinung unserer Gemeinde Ostermundigen vertritt.

Bei finanzieller Abgeltung gleicht sich bei der eigenen Gemeinde die beim Kanton oder im Bund eingesetzte Personalkapazität überhaupt nicht aus. Der Gemeindepräsident erhält seinen Lohn, damit er seine ganze Kraft für die eigene Gemeinde bzw. die ganze Bevölkerung einsetzt. Heute gibt es ja - wie erwähnt - neu die Regionalkonferenz.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Aus meiner Optik ist der Artikel 61 Absatz 2 mit dem Artikel 62 vereinbar. In Artikel 61 Absatz 2 wird erwähnt, dass der Gemeindepräsident ein Hauptamt bekleidet, d. h. ein 100 Prozent-Job ausübt. Wenn er plötzlich noch Grossrat, Nationalrat oder Ständerat wird, würde er 200 Prozent pro Tag arbeiten. Ein Tag kennt jedoch nur 24 Stunden. Deshalb bin ich der Meinung, dass bei Artikel 62 der Absatz 2 gestrichen werden kann.

**Heinz Gfeller (FDP):** Wer Gemeindepräsident wird, bestimmen die Gemeindebürgerinnen und -bürger. Im Normalfall handelt es sich dabei um eine integere und leistungsfähige Persönlichkeit. In jedem Fall ist es die Person, welche die Gemeinde will. Jetzt kann formalistisch argumentiert werden: Wir haben einen 100 Prozent-Job und etwas anderes kann der Gemeindepräsident nicht noch zusätzlich machen. Damit werden dem Gemeindepräsidenten Vorschriften für seine Freizeit auferlegt. Ein Parlamentsjob kann in der Freizeit ausgeübt werden. Wieso wurde im Absatz 2 von Artikel 61 diese neue Formulierung gewählt? Es ist wertvoll, wenn in der Gesetzesmaschinerie von Beginn an Einfluss genommen werden kann. Der Gemeindepräsident kann die bekannten Anliegen aus der Gemeinde im eidgenössischen oder kantonalen Parlament vortragen.

Ich bitte das Parlament, dem vorgeschlagenen Artikel 62 Absatz 2 zuzustimmen.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Ich muss zu Artikel 62 Absatz 2 noch eine Präzisierung anbringen: "Sie oder er darf weder dem eidgenössischen noch dem kantonalen Parlament angehören." Dieser Text soll bestehen bleiben. Der neu vorgeschlagene, unterstrichene Text soll gestrichen werden.

**Christian Zeyer (SP):** Mit grossem Interessen habe ich die Ausführungen zum Thema "Freizeit" verfolgt. Ich habe noch nie gehört, dass ein Nationalratsmandat etwas mit Freizeit zu tun hat. Ob ein Gemeindepräsident gleichzeitig Nationalrat sein kann, hängt von der Wichtigkeit der Erfüllung der beiden Jobs ab. Das Mandat des Grossen Rats kann gewisse Synergien zu Tage bringen. Auch der Aufwand ist wahrscheinlich weniger gross als ein eidgenössisches Mandat. Ich bin der Auffassung, dass "die Mitgliedschaft in einem eidgenössischen Parlament" gestrichen werden kann. Die Gemeinde Ostermundigen kann davon nichts profitieren. Ich stelle somit zu Artikel 62 Absatz 2 den **Änderungsantrag Nr. 8:**

*Die Mitgliedschaft im kantonalen Parlament ist möglich...*

**Eduard Rippstein (CVP):** Bitte stimmt dem Artikel 62 wie vorgeschlagen zu. Vorhin wollten wir das Gemeindepersonal nicht einschränken. Der Gemeindepräsident ist auch Gemeindepersonal und wir wollen auch ihn nicht einschränken. Wenn er so gut ist und in den Nationalrat oder Ständerat gewählt wird, profitiert die Gemeinde Ostermundigen von diesem Mandat (Lobbying).

Wir müssen uns jetzt nicht schon Gedanken machen zu etwas, was gar nicht Realität ist.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Ich möchte den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates ans Herz legen, die Bestimmungen wie vorgeschlagen zu übernehmen. Auf der Ebene des Kantons werden für die Gemeinden ganz wichtige Weichen gestellt. Mir sind spontan fünf Gemeindepräsidien in den Sinn gekommen, welche im Grossen Rat vertreten sind (Köniz, Langnau, Worb, Burgdorf, Biel). Dieses Mandat kann für die Gemeinde zu einem Gewinn führen. Diese Möglichkeit sollte offen gelassen bleiben.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen zu Artikel 62 vor. Somit können wir das Abstimmungsprozedere vornehmen. Der Änderungsantrag Nr. 7 des FORUMS lautet:

*Die heutige Regelung ist beizubehalten.*

**A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 7 wird mit 25 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 8 von Christian Zeyer lautet:  
*Die Mitgliedschaft im kantonalen Parlament ist möglich...*

**A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 8 wird mit 23 zu 9 Stimmen genehmigt.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir können mit der Detailberatung fortfahren.

**Markus Truog (SVP):** Artikel 65 Absatz 1 Ziffer e) - Verwaltungsorganisation

Was sind das für ständige Kommissionen ohne Entscheidbefugnis und wo kommen diese zum Einsatz?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Kommissionen mit Entscheidbefugnis müssen grundsätzlich vom Parlament gewählt werden. Wenn der Gemeinderat eine Kommission einsetzt, so hat diese keine Entscheidungskompetenz. Sie kann Anträge zuhanden des Gemeinderates stellen. In der Beratung haben wir festgestellt, dass eine saubere Trennung fehlt. Jede vom Gemeinderat eingesetzte Kommission (z. B. Herbstmärtkomitee) hat nicht die Entscheidungskompetenz wie z. B. die Hochbaukommission, welche Baubewilligungen erteilt oder die Vormundschaftskommission, welche Beistandschaften etc. entscheidet.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir fahren mit der Detailberatung fort.

Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, so hat das Parlament die Schlussabstimmung inkl. der beschlossenen Änderungen vorzunehmen.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird in der 1. Lesung verabschiedet.
2. Die während der Beratung eingereichten zusätzlichen Änderungsanträge werden dem Parlament in der 2. Lesung vom 17. Februar 2011 zuhanden der Stimmberechtigten zum Entscheid unterbreitet.

----- viertelstündige Pause -----

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform (BVR)

## **55. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV); Produktgruppendifinition der Pilotprojekte - Kenntnisnahme**

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Der Ablauf sieht im Prinzip ähnlich aus wie bei den vorangehenden Geschäften. Zuerst kann sich das Parlament zur Botschaft äussern und in einem nächsten Schritt werden die einzelnen Produktgruppenblätter diskutiert. Es können keine Änderungsanträge, sondern lediglich Anregungen (andere Darstellungsart, Ergänzungen etc.) gestellt werden.

**Projektleiter BVR David Keller:** Ich möchte Ihnen den dritten Teil des BVR-Projektes kurz erläutern. Zusammen mit dem gemeinderätlichen Antrag (Botschaft) wurde auch die Produktgruppendifinitionen abgegeben. In der Spezialkommission wurde festgelegt, was im politischen Führungsbereich grundsätzlich ändern soll: Das Parlament will strategisch mitdenken und die strategische Zielsetzung festlegen.

Die Problematik liegt darin, dass im alten System der Gemeinderat die Strategie entwickelt und das Parlament das Geld in Form von Budget zuspricht. Wenn jetzt neue Wege eingeschlagen werden sollen, dann kann das allseits bekannte Instrument "WoV" beigezogen werden. Das oberste Ziel wird dann im Parlament diskutiert und festgelegt werden können.

Um eine klare Abschränkung gegenüber den Zielen des Gemeinderates zu erhalten, ist ein Instrument namens "Produkt" zu erstellen. Darin werden die Dienstleistungen der Verwaltung festgehalten. Für das Parlament wird dann die sogenannte "Produktgruppe" zusammengefasst. Der Botschaft sind solche Produktgruppendifinitionen beigelegt worden. In diesen Tabellen werden drei Bereiche: Beschreibung der Produktgruppe, die Zielsetzung (Wirkungsziele und Leistungsziele) sowie das Globalbudget festgehalten. Globalbudget heisst, dass das Parlament dem Gemeinderat für eine Produktgruppe einen bestimmten Betrag zuspricht. Der Gemeinderat ist dann für die sinnvolle Einsetzung des Geldes verantwortlich, damit die Zielsetzungen im nächsten Jahr erreicht werden können.

Es ist nicht einfach, diese neuen Systemformeln zu entwickeln. Die Zielsetzungen verlangten einen grossen Arbeitsaufwand sämtlicher Mitarbeitenden. Die Abteilung Finanzen muss dann das Splitting des heutigen Budgets in die verschiedenen Produktgruppen vornehmen. In den nächsten Jahren soll die Produktgruppendifinitionen sowohl im Gemeinderat als auch im Parlament bereits früher diskutiert werden. Dann können auch früher Änderungsanträge eingebracht werden. Der Rhythmus soll in etwa der Gleiche sein, wie bei der heutigen Budgetvorbereitung.

Das Vorgehen bei den vorliegenden Pilotprojekten war nicht genau so wie erwähnt. In 95 % der Fälle wird noch mit dem alten Budget gearbeitet. Mit den Piloten sollen erste Erfahrungen gesammelt werden. Änderungen können anlässlich der Budgetdebatte im Dezember noch eingebracht werden. Nach dem ersten Jahr, wenn erste Erfahrungszahlen vorliegen, können die Zielsetzungen anhand von Fakten überprüft werden.

Heute geht es primär darum, denn Start für das neue Meccano zu erteilen. Allfällige Hinweise werden zuhanden der Budgetsitzung noch bearbeitet. Wenn das Budget 2011 genehmigt wird, werden auch die drei Produktdefinitionen "Polizeiwesen", "Soziale Integration von Kin-

dern und Jugendlichen" und "Selbstgenutzte Liegenschaften" als sogenannte WoV-Piloten bewilligt.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Colette Nova (SP):** Wir haben die Unterlagen zu diesem Geschäft mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Wir haben aus verschiedenen Gründen eine gewisse Skepsis. Mit der neuen Arbeitsmethode kann es zu einem Demokratiedefizit kommen. Wie ist die Steuerbarkeit auf Seiten Verwaltung geregelt? Gleichzeitig werden viele neue Aufgaben anfallen, welche überwacht werden müssen. Der Anfall ist nicht messbar unabhängig davon, wie viel resp. wie wenig wir wollen. Letztendlich werden die Verwaltungseinheiten und nur ein Teil der Arbeiten gemessen. Dieses Problem lässt sich offenbar nicht ändern.

Wir haben uns gefragt, ob nicht Gefahr besteht, dass hier ein "Papiertiger" ins Leben gerufen wird. Der permanente Aufwand wird nicht unwesentlich sein und relativ wenig Wirkung erbringen. Ist das Kosten-/Nutzenverhältnis gerechtfertigt?

WoV wurde bereits an verschiedenen Orten eingeführt. Ein Begeisterungssturm blieb aus. Im Gegenteil, Ernüchterung und Enttäuschung war oftmals der Fall.

Vorliegend handelt es sich um einen Pilotversuch und wir werden diesen nicht ablehnen. Wir warten gespannt auf die ersten Resultate und hoffen, dass sich unsere Bedenken in Luft auflösen werden.

**Rahel Wagner (EVP):** Vor uns liegt ein Pilotprojekt, welches einen ganz anderen Umgang mit den Zahlen von Budget und Rechnung einläutet. Das Parlament hat zu diesem Versuch an seiner Sitzung vom 2. Juli 2009 grünes Licht gegeben.

Die drei Produktgruppendefinitionen, wie sie hier vorliegen, sind unseres Erachtens noch nicht ganz ausgereift. Die EVP hat in der Spezialkommission Ergänzungen vorgeschlagen, welche wir aufrechterhalten. Beim Pilot „Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen“ sollte auch das Hausbesuchsprogramm „schritt:weise“ als Produkt aufgenommen werden.

Beim Polizeiwesen sind für das Gastgewerbe und die Verkaufsläden keine Ziele gesetzt. Dort sind bei den Wirkungszielen nur die Sicherheit und der Verkehr erwähnt. Es hat sich gezeigt, dass es gar nicht so einfach ist, die einzelnen Produktgruppen zu beschreiben und die Wirkungs- und Leistungsziele zu definieren.

Ausser der Produktgruppe „Liegenschaften der Gemeinde“ sind die beiden anderen - „Polizeiwesen“ und „Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen“ - für einen Pilotversuch eher schwierig, weil sie nicht so einfach zu umschreiben sind. Das Kriterium bei den Definitionen ist ja die Messbarkeit der Dienstleistung.

Die drei Piloten müssen von der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld der Budgetsitzung im Dezember noch genau unter die Lupe genommen werden. Dies nicht nur hinsichtlich der Beschreibungen, sondern auch im Blick auf die Zahlen. Wie bereits erwähnt, muss hier ein völlig anderes Denken stattfinden. Dem Grosse Gemeinderat werden keine detaillierten Zah-

len mehr vorgelegt, sondern ein Globalbudget für die jeweilige Produktgruppe. Die Verwaltung ist damit flexibler bei der Verwendung der Mittel.

Dass die allfällige flächendeckende Einführung von WoV beim Personal wie auch im Parlament Unsicherheit auslöst, ist verständlich. Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mit jemandem aus der Verwaltung einer grossen Schweizer Stadt über WoV zu sprechen. Dort wird schon seit etlichen Jahren mit diesem Modell gearbeitet, und ist schon gar kein Thema mehr. Man hat sich daran gewöhnt und empfindet das Arbeiten mit einem Globalbudget als vorteilhaft.

Die EVP-Fraktion ist gespannt auf die Ergebnisse dieser Pilotprojekte und dankt denjenigen Verwaltungsabteilungen, welche sich für die Durchführung zur Verfügung gestellt haben.

**Sandra Löhner (CVP):** Die CVP-Fraktion nimmt vom Pilotprojekt zustimmend Kenntnis. Wir danken der Spezialkommission für die grossen Vorarbeiten. Das Ganze scheint für mich ein Qualitätssystem zu sein. In meinem Beruf werden auch immer Zielsetzungen, Messwerte, Sollwerte etc. definiert. Wie viel Einfluss wir noch nehmen können, hängt von den Zeitinvestitionen ab - Zeit in die Zielsetzungen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Führen durch Zielsetzungen gehört bestimmt zu den konstruktiven und sinnvollen Management-Modellen. Es zwingt dazu, klare Ziele aufzustellen und ihr Erreichen zu prüfen. Wichtig dabei ist, dass der Wagen für die Verwaltung nicht überladen wird, d. h. zu guter Letzt in einer völlig unnötigen Administration erstickt. Wichtig ist nur, dass dieses Management auf allen Stufen der Verwaltung die nötigen Verbesserungen tatsächlich einwandfrei bringt. Zudem ist es logisch, dass auf allen Gebieten Perfektionierungen möglich wären; die Frage stellt sich nur, könnten sie auch personell und finanziell verkraftet werden? „Nice to have und Must“ sind bereits beim „Zielesetzen“ nicht dasselbe.

Aufgrund meiner Erfahrungen bei den PTT weiss ich, dass sinnvolle und nützliche Zielsetzungen nur dann zustande kommen, wenn sie zwischen dem Vorgesetzten und dem Ausführenden sorgfältig vorbesprochen werden. Wenn der Vorgesetzte fürs Ziele setzen zu wenig Zeit investiert, muss er damit rechnen, dass seine Leute Ziele setzen, die keine Anstrengungen verlangen, um sie zu erreichen.

Wenn die Geschäftsprüfungskommission wirklich sinnvoll zum WOV beitragen und die nötige Zeit dafür investieren will, muss sie von jeder Abteilung über einen laufend aktualisierten Katalog verfügen, der über ihre Pendenzen, ihre Probleme und die Hindernisse für sinnvolle Lösungen orientiert. Es könnte auch sein, dass der Gemeinderat, die Verwaltung oder die Parteien mehr oder weniger bewusst andere Ziele verfolgen als die Mehrheit im Parlament. Die Geschäftsprüfungskommission müsste primär dafür sorgen, dass der Gemeinderat seine mit dem Parlament koordinierten Ziele zweckmässig erreicht.

Wir sind noch nicht überzeugt, dass WOV bis zum guten Ende durchgedacht ist. Wenn überhaupt, benötigen wir Aufwand- und Ertragszahlen (und zwar franken- wie personalbezogen) zu jedem Produkt und nicht nur zur Produktegruppe.

**Heinz Gfeller (FDP):** Für die FDP-Fraktion stellt dieser Teil der Behörden- und Verwaltungsreform ein Kulturwechsel dar. Es geht darum, den Fokus auf die Dienstleistungen zu legen, welche die Gemeinde den Bürgerinnen und Bürgern von Ostermundigen anbieten will. Die

gut strukturierte Zusammenarbeit Parlament/Gemeinderat und Gemeinderat/Verwaltung muss ermöglicht werden. Es geht darum, die Kostentransparenz in einer geordneten, verständlichen Struktur aufzuzeigen. Es geht darum, dass Trennen der operativen Detailfragen zu Strategiefragen vorzunehmen. Wir Parlamentsmitglieder müssen lernen, uns auf der Strategieebene zu bewegen. Wenn wir ins Detail abtauchen wollen, dann müssen wir uns bewusst sein, dass wir bei den Details sind. Wenn diese Schritte gelingen, bin ich überzeugt davon, dass Vertrauen auf allen Stufen geschaffen wird. Dann wird es möglich sein, dass die Verwaltungsangestellten ihrer Verantwortung und Möglichkeiten, um gute Dienstleistungen zu erbringen, bewusst werden und sich damit engagieren. All das sind sogenannte "Softfaktoren".

Es gibt auch die harten Faktoren: Wir brauchen eine übersichtlichere Kostenrechnung, welche in der Struktur zur Produktgruppe aufgebaut ist. Wir brauchen ein stufengerechtes Controlling. Hier kommt dann die Geschäftsprüfungskommission mit den entsprechend zusätzlichen Aufgaben zum Zuge. Wir brauchen aber auch eine transparente Migration in den präsentierten Piloten und eine Referenz zu der bestehenden Kostenrechnung. Ich hoffe, dass da qualitative Zusammenhänge aufgezeigt werden können.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich will kein Managementseminar abhalten; dazu bin ich zu wenig kompetent. Doch die WoV-Pilotprojekte können mit einer Übungsflöte verglichen werden: Wir nehmen die Budgetzahlen aus dem Vorjahr als Erfahrungswert und bauen auf diesen Angaben auf. Das Wesentliche ist der Soll-/Ist-Vergleich und der Kulturwandel.

**1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP):** Ich möchte noch einen alten "Fauxpas" von mir berichtigen: Heinz Gfeller (FDP) ist für mich ultimativ nicht mehr das "Trudi Gerster". Ich möchte deinen Bemerkungen zustimmen.

Ich bekundete Mühe mit der Aussage von Rahel Wagner (EVP). Was ist denn die Alternative? Du warst sehr kritisch und hast angemerkt, dass das Ganze nicht viel bringt. Gleichzeitig hast du deine Bemerkungen zu verschiedenen Details angemeldet. Ich frage dich: Was ist denn der Ist-Zustand? Wir haben heute bereits die Gemeindeordnung mit Produktgruppen integriert. Da hättest du bereits heute über die Ziele und die Messbarkeit Einfluss nehmen können.

Zum Schluss möchte ich trotzdem ein Kränzlein winden. Besten Dank für die grosse Arbeit, welche in der Spezialkommission geleistet worden ist. Die verschiedenen Produkte und Piloten wurden intensiv diskutiert. Wir dürfen heute Stolz auf einen sehr guten Stand des Geschäftes sein. Ich fände es falsch, wenn wir heute Abend an einzelnen Punkten Korrekturen vornehmen.

**Rahel Wagner (EVP):** Norbert Riesen, ich bin ganz perplex - hast du mich völlig falsch verstanden? Wir von der EVP-Fraktion stehen dem Geschäft nicht so skeptisch gegenüber, wie du jetzt angefügt hast. Wir haben auf die stattgefundenen Diskussionen hingewiesen. Die Definitionen sind noch einer gewissen Entwicklung unterworfen. Wir sind dem Geschäft gegenüber nicht schlecht gesinnt und ich bin sogar davon überzeugt, dass hier etwas Gutes gedeihen kann. Ich verstehe deine Aussagen nicht - Sorry!

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Besten Dank für die Unterstützung des Geschäftes. Der Start der Pilotprojekte scheint der richtige Weg zu sein. Wir müssen Erfahrungen sammeln und die eingeschlagene Methode als richtigen Weg kennen lernen. Wir müssen uns mit dem Kulturwandel auseinandersetzen. Ich freue mich auf den Start. Zu den Anregungen möchte ich noch anfügen:

① Votum Rahel Wagner (EVP)

Wir können keine Garantie für eine Aufnahme erteilen. Wir werden dies aber prüfen und im Dezember darüber berichten, ob dies möglich sein wird oder nicht.

**Projektleiter BVR David Keller:** Ich habe sehr interessiert zugehört. Sowohl die Kritik wie die Unterstützung haben gezeigt, dass die Ratsmitglieder sich viele Gedanken zum Geschäft gemacht haben und die schwierigen Kerne erkannt worden sind. Es stellt sich nicht die Frage für oder gegen das Geschäft, sondern die Frage: Wird das Geschäft ein Erfolg? WoV ist kein System, welches mit ein paar gezeichneten Linien auf einem Blatt Papier abgetan werden kann. Wir sprechen von einem Pilotprojekt - wir müssen üben und lernen zu entwickeln. Es wurde auch erwähnt, dass die Zielsetzung nicht einfach ist. Wenn es so einfach wäre, einer Firma die richtigen strategischen Ziele zu verpassen, ja dann hätten wir nur Erfolgsmodelle. Das ist etwas vom Schwierigsten, was es gibt. Das Parlament muss hier Einsatz zeigen und mitdenken. Die sinnvollen Ziele sind laufend zu erarbeiten.

① Votum: Das alte System ist auch ganz recht...

Ich will dies nicht in Abrede stellen. Wir können auch so weiter arbeiten.

1. Wie viele klare Zielsetzungen haben für den Gemeinderat und die Verwaltung in den letzten Jahren bestanden?
2. Haben wir Ende Jahr eine klare Erreichung der gesetzten Ziele registrieren können? Verwaltungsbericht: Mit diesem Instrument haben wir nicht immer eine Sicherheit erhalten.
3. Votum Heinz Gfeller (FDP): Zwischen der Zielsetzung und dem Erreichen der Dienstleistungen inkl. deren Kosten ist ein klarer Bezug herzustellen. Auch hier mussten in der Vergangenheit diverse Fragezeichen gesetzt werden.

An diesen Ecken setzt das Modell an. Es kann nur funktionieren, wenn das Parlament das Instrument auch tatsächlich will. Wie bereits gehört, muss ein Kulturwandel vollzogen werden. Alle müssen bereit sein, mehr an die Ziele und die Zukunft mitzudenken und dies von zuoberst bis zuunterst.

**Vorsitzende der Speko BVR Regula Unteregger Schütz (SP):** Den vorangehenden Bemerkungen möchte ich anfügen:

① Befürchtung "Demokratieverlust"

Für mich ist der WoV-Teil das Herzstück der Behörden und Verwaltungsreform. Ich will künftig im Parlament über die Qualität diskutieren können und nicht nur immer über die Kosten. In meinem Bereich Tiefbau ist es nicht gut, wenn immer nur über die Kosten der Strassen



diskutiert wird. Die Diskussionen sollten über die Qualität der Strassen geführt werden. Die Folge davon erwirkt dann die Kosten. WoV gibt dem Parlament die Gewährleistung ab, dass über Inhalte mit einer bestimmten Kostenfolge diskutiert wird und nicht umgekehrt.

#### ① Indikatoren

Wahrscheinlich kennen wir heute die Zielsetzungen der einzelnen Abteilungen noch nicht im Detail. Was hat die Polizei für eine Zielsetzung resp. wie schnell muss sie bei einem Unfall an der Unfallstelle sein? Oder die Zielsetzung des Sozialdienstes: Innert welcher Frist muss ein Klient zu einem Gespräch kommen? Diese Indikatoren sind ein sehr wichtiger Punkt. Wie kann überhaupt die Leistung gemessen werden? Bei der Indikatorenfestlegung kann Jahr für Jahr eine Korrektur vorgenommen werden. Welche Leistungen können von der Verwaltung erbracht werden und welche Ziele kann sie damit messen? - Diese Frage stellt bereits einen Gewinn dar.

**Ratspräsidentin:** Nun können wir über die der Botschaft angehängten Produktgruppendefinitionen diskutieren.

**Christian Zeyer (SP):** Ich habe mit dem Hochbau Kontakt aufgenommen und die vorliegende Produktgruppendefinition besprochen. Nach dieser Diskussion kann ich Ja sagen zur Produktgruppendefinition. Wir haben über die Ziele und die Zielsetzung sowie deren Sinn und Zweck diskutiert. Es ist ein guter Ansatz zu WoV entstanden. Gleichzeitig darf das Setzen der Ziele nicht als einfache Pflichtaufgabe abgetan werden. Die Tendenz, es sich hier einfach zu machen, ist bestimmt vorhanden. "*Die tiefen Betriebskosten der Liegenschaften bei den selber genutzten Liegenschaften < 15 %*" dieser Ansatz ist meines Erachtens sehr hoch. Ich habe mich erkundigt: Der Abteilungsleiter Hochbau hat darauf hingewiesen, dass die Faustregel bei rund 10 % liegt. Jetzt frage ich mich schon, wieso hier 15 % eingesetzt worden sind? Entschuldigung für meine böartige Unterstellung: Aber der Abteilungsleiter weiss, dass er die 15 % erreichen wird.

Das darf nicht sein! Das Gleiche gilt auch für die Nettorendite von 2 %. Dieser Wert ist sehr tief angesetzt. Sämtliche Liegenschaften werden in denselben Topf geschmissen. Es gibt doch Unterschiede zwischen Liegenschaften, welche von der Gemeinde unterhalten und weiter vermietet werden. Hier ist eine tiefe Rendite sinnvoll. Dagegen gibt es Liegenschaften, welche per Zufall der Gemeinde Ostermundigen gehören. Hier braucht es eine andere (... Ausdruck nicht verstanden).

Auf der nächsten Seite wird vermerkt: "*Energieverbrauch stabilisieren*" - Das ist für eine Energiestadt kein taugliches Ziel. Der Abteilungsleiter Hochbau will primär eine Stabilisierung erreichen und erst in einem nächsten Schritt eine Reduktion erwirken. Wünsche - z. B. Reduktion um 2 % - mit Nachdruck müssen für eine Energiestadt wichtig sein.

Das Wort Ökologie fehlt als Ganzes. Die Antwort vom Abteilungsleitenden hat mich nicht befriedigt. Hier müssen wir noch die Diskussion führen.

Dem Votum von Walter Bruderer (FORUM), jedes separate Ziel geltend zu machen, ist der Idee in den Fuss geschossen: Dass es nicht geht, kann in dieser Produktgruppendefinition exemplarisch nachverfolgt werden. Ich kann nicht das ganze Geld für das erste Wirkungsziel "*Die Liegenschaften sind gut zu unterhalten...*" einsetzen und dann das Leistungsziel: "*Energie-*

verbrauch stabilisieren" gleichzeitig noch anstreben. Diese beiden Ziele müssen miteinander verlaufen und der Unterhalt der Liegenschaften ist so zu korrigieren, dass gleichzeitig der Energieverbrauch reduziert werden kann. Seitens Hochbau müssen da noch Anpassungen vorgenommen werden.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Wir dürfen uns nicht im Detail verlieren. Wir müssen die Blätter zur Kenntnis nehmen und schauen, ob diese Vorlagen für die Budgetdebatte genutzt werden können.

**Colette Nova (SP):** Ein Feedback zur Bewertung: Entweder sind wir hier ein Gremium, welches politisch steuern kann und dann dürfen wir kundtun, wenn uns etwas nicht passt. Oder dann geschieht genau das, was ich bereits erwähnt habe: Dann führt uns und nicht wir die Verwaltung.

Aus diesem Grund bitte ich den Gemeinderat, die Äusserungen von Christian Zeyer sehr ernst zu nehmen.

**Projektleiter BVR David Keller:** Was jetzt passiert, ist genau das Richtige: Das Parlament hat über das wie und wo zu diskutieren. Die Verwaltung nimmt für die Vorlage die Verantwortung: Wir haben es nicht fertig gebracht, die Produktgruppendefinition bereits im Juli fertig zu haben und anschliessend allen nötigen Organen (Kommissionen, Gemeinderat, Geschäftsprüfungskommission) im notwendigen Prozess vorzustellen. Im nächsten Jahr wird die Produktgruppendefinition zusammen mit dem normalen Budgetprozess erarbeitet und im Dezember dem Parlament vorgestellt.

Ich möchte das Votum von Christian Zeyer (SP) unterstützen. Es kann nicht gutgehen, wenn Ziele gesetzt werden und dann noch die Detailbudgetierung vollzogen werden soll. Als dann müsste zum alten System zurückgekehrt werden.

Für dieses Jahr nehme ich die Voten aus dem Parlament entgegen und leite sie an die Abteilungsleitenden weiter. In der Geschäftsprüfungskommission wird die Produktgruppendefinition noch im Detail beraten. Sie kann dafür Ausschüsse bilden und die Diskussionen dort führen.

#### **1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP):** Polizeiwesen:

Hier kann mit verfolgt werden, wie wichtig der Messwert ist. Die Vorgaben seitens Politik können nicht verändert werden. Bei den Legislaturzielen ist die folgende Korrektur anzubringen:

- *Police Bern: Jahresreporting **mit** der KAPO über Leistungserbringung ist aufgebaut*

Die Gemeinde Ostermundigen kann nicht bestimmen, was die KAPO macht. Entweder macht es die KAPO und gibt dafür Vorlagen oder dann wird es in Zusammenarbeit erledigt.

- *Präsenz öffentlicher Raum: Polizeipatrouillen werden gemäss Planung durchgeführt*

Aufgrund einer pendenten Motion möchte ich wissen, wie sieht die Planung aus und welche Ziele werden verfolgt? Mit der Zielsetzung, den Indikatoren und den Standards/Sollwerten wird das Ganze messbar.

**Ratspräsidentin:** Zur Produktgruppendifinition "Vormundschaft/Justiz" liegen keine Wortmeldungen vor. Somit hat der Grosse Gemeinderat (GGR) über den gemeinderätlichen Antrag abzustimmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Produktdefinitionen „Polizeiwesen“, „Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen“ und „Selbstgenutzte Liegenschaften“ werden als taugliche Budgetvorlagen für die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)-Piloten zur Kenntnis genommen und bestätigt.

10.22.5.91 Regionalplanung

## 56. Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland (RGSK): Mitwirkungsverfahren - Kenntnisnahme

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Rudolf Mahler (SP):** Die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion hat sich mit dem Fragebogen zum RGSK sehr schwer getan. Wir Parlamentarier haben als Unterlage nur eine Kurzfassung von 20 Seiten erhalten. Der eigentliche Bericht enthält von Einleitung bis Literaturverzeichnis 116 Seiten, dazu Übersichtskarten und Massnahmenpläne. Wir beziehen uns auf diesen. Mühe haben uns nun folgende Punkte bereitet:

### ① Qualität des Fragebogens

- Im Fragebogen zur Mitwirkung werden allgemeine Fragen gestellt, die sehr schlecht mit dem hohen Detaillierungsgrad der Inhalte korrelieren<sup>2</sup>.
- Die Qualität der Fragen ist teilweise fragwürdig. Es gibt Fragen, die aus zwei Teilen bestehen, einen Teil würden wir gerne bejahen, einen anderen verneinen. Was soll man da machen. Teilweise trifft es auch nicht genau. Folge: Aussage gleich null.
- Finden Sie es richtig, dass die Bevölkerung bis 2030 um 6 % wachsen soll? Was soll man auf eine solche Frage antworten? Wie soll das Wachstum aussehen? Der Qualitätsaspekt ist hier überhaupt nicht berücksichtigt.

### ① Inhaltlich

- Wir sind mit dem ersten Satz auf Seite 3 der Gemeindeeingabe nicht einverstanden. Wir verstehen unter „Siedlungsentwicklung nach innen“ die Verdichtung des bestehenden bebauten Raumes. Keinesfalls kann es darum gehen, neue Gebiete einzuzonen und das als „Siedlungsentwicklung nach innen zu verkaufen.“
- Wir haben nirgends den Hinweis auf die Bedeutung von Lenkungsinstrumenten wie "Road pricing", Steuerharmonisierung u. a. gefunden. Die Politik sollte unseres Erachtens mehr über die Rahmenbedingungen zu steuern versuchen und so Anreize für die gewünschte Entwicklung von Verkehr und Siedlung schaffen.

---

<sup>2</sup>) **Kor•re•la•ti•on** [-ˈt̪ sjoːn] *die*; -, -en; **eine Korrelation (mit/zu etwas); eine Korrelation (zwischen etwas (Dat) und etwas (Dat) /zwischen etwas (Dat Pl))** geschr; der Zusammenhang und die (Wechsel)Beziehung zwischen mehreren Faktoren, *besonders* zwischen Ursache und Wirkung: *Diese Faktoren stehen in Korrelation; dass eine Korrelation zwischen Rauchen und Magenkrebs besteht, ist bewiesen*  
|| hierzu **kor•re•lie•ren** (*hat*) *Vi*

① Zu a)

Wir anerkennen, dass es schwierig ist, bei 98 Gemeinden eine Stellungnahme einzuholen, wenn in jeder Gemeinde jede politische (und vielleicht noch andere) Gruppierung(en) eine eigene Stellungnahme abgibt.

Wenn aber der Fragebogen so „verdünnt“ ist, dass einem nur noch ein „ja“ übrig bleibt oder Fragen überhaupt nicht mehr vernünftig beantwortet werden können, dann macht eine Mitwirkung keinen Sinn mehr und man hat nicht das Gefühl, an der räumlichen Entwicklung der Region Bern-Mittelland teil zu nehmen.

① Zu b)

Wir hoffen, dass die eine oder andere unserer Anregungen auf dem Umweg über das Protokoll des GGR Ostermundigen Eingang in die Überarbeitung des Konzepts findet.

**Sandra Löhner (CVP):** Die CVP-Fraktion nimmt vom Geschäft zustimmend Kenntnis. Die Region Bern-Mittelland ist ein komplexes Gebilde. Wir haben eine städtische Agglomeration und wir haben ländliche Gegenden; vereint auf engstem Raum. Die Bedürfnisse, welche aufeinander prallen, sind sehr verschieden. Wir arbeiten, wir wohnen, wir wollen Erholungsgebiete, Vergnügen, einkaufen und das alles bedingt die Mobilität. Das Nebeneinander stellt ein Konfliktpotenzial dar. Die Planer hatten eine grosse Herausforderung zu meistern und sie haben die Aufgaben gut erledigt. Sie zeigen auf, wo Wachstum noch möglich ist.

Nach der Meinung der CVP-Fraktion wurde die Aufgabe gut gelöst. Es ist richtig, dass der Gemeinderat in der Stellungnahme die Zielsetzung des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts Bern-Mittelland grundsätzlich begrüsst. Wir halten das Wachstum für moderat. Wir finden es gut, dass der Gemeinderat eine konsequente Trennung von Siedlung und Landschaft und die Aufwertung der Grünstruktur unterstützt. Wir fordern den Gemeinderat dazu auf, diesen Sachverhalt auch bei der eigenen Gemeindeentwicklung zu berücksichtigen.

Wir sind damit einverstanden, dass sich der Gemeinderat für die Verkehrsinfrastrukturanlagen des ÖV einsetzt und der Privatverkehr nebeneinander... (*nicht verstanden!*)

Zu guter Letzt: Die Kommunikation im Bereich der Planung wird vom Gemeinderat gewünscht. Der Gemeinderat soll sich diesbezüglich auch in die Pflicht nehmen.

**Ernst Hirsiger (SVP):** "Hütet Euch am Morgarten!" - "Stoppt den fahrenden Zug bevor es zu spät ist."

Das vorliegende Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept ist aus der Sicht der SVP-Fraktion nur bedingt praxistauglich. Es beruht auf Trendprognosen. Prognosen sind so eindeutig, klar und wahr wie Kaffeesatzlesen oder Bleigiessen an Sylvester. Ein Marschhalt und eine teilweise Überarbeitung wären dringend angezeigt.

Das vorliegende Konzept hat gerade im Verkehrsbereich eine lange Vorgeschichte. Seit ca. 25 Jahren existiert das „Berner Modell“. Das Berner Modell ist eine Vorgehens- und Planungsphilosophie in der Strassen- und Verkehrsplanung, die in den letzten 25 Jahren vom Kanton Bern in Zusammenarbeit mit Fachleuten entwickelt und umgesetzt wurde. Eine Kernbotschaft des

Berner Modells ist der Leitsatz "Koexistenz statt Dominanz im Strassenverkehr". Was das heisst, kann in Köniz oder in Kleinwabern in Erfahrung gebracht werden.

Dazu kommt Artikel 34 der Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (Stand 10. Dezember 2009) mit folgendem Wortlaut:

Art. 34

<sup>1</sup> Kanton und Gemeinden sorgen für eine sichere, wirtschaftliche, umweltgerechte und energiesparende Verkehrsordnung.

<sup>2</sup> Sie fördern den öffentlichen Verkehr und das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel.

<sup>3</sup> Sie berücksichtigen beim Strassenbau die Bedürfnisse des nicht motorisierten Verkehrs.

<sup>4</sup> Sie berücksichtigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen.

In der Kantonsverfassung ist die Priorisierung des ÖV klar festgelegt. Der Ausbau und Erhalt eines leistungsfähigen Strassennetzes für den Privatverkehr werden nicht einmal im Ansatz erwähnt.

Dieser Verfassungsartikel und das „Berner Modell“ sind als wesentliche Elemente in das Agglomerationsprogramm "Verkehr + Siedlung Region Bern" aus dem Jahr 2005, welches in Zusammenarbeit mit RVK 4, VRB und der Stadt Bern entstanden ist. Dieses Agglomerationsprogramm kann als Vorläufer des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzeptes betrachtet werden. Es sind zu einem guten Teil dieselben Personen daran beteiligt.

Die SVP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass in diesem Konzept die Bedürfnisse und Wünsche der Kernagglomeration Bern und des Kantons Bern, vertreten durch die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, zu stark gewichtet sind, insbesondere diejenige der Stadt Bern, welche sich seit Jahren durch eine konsequente Behinderung des motorisierten Individualverkehrs auszeichnet. Der Kanton Bern wiederum vernachlässigt seit Jahrzehnten sein Strassennetz und dies bei rekordhohen Motorfahrzeugsteuern.

Die vorliegende Kurzfassung des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzeptes Bern-Mittelland spricht auf Seite 2 davon, dass es nicht um ein Gegen-, sondern ein Miteinander von Autoverkehr, öffentlichen Verkehr und Fuss- und Veloverkehr gehe. Das Motto sei das richtige Verkehrsmittel am richtigen Ort.

Dagegen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden, sofern dem Bürger die freie Wahl des Verkehrsmittels überlassen wird. Ein paar Zeilen später wird jedoch bereits von nachfragelenkenden Massnahmen und Verkehrsmanagement gesprochen. Was das konkret heisst, kann jeder Autofahrer erzählen, der sich in der näheren Umgebung der Stadt Bern bewegt. Da gibt es künstliche Bodenwellen, Strassenverengungen, Kreisel als Pfortneranlagen, Dosierungssysteme, Bäume mitten auf der Strasse etc.. Alles was das Herz von Verkehrsberuhigungen begehrt.

Die SVP-Fraktion setzt sich für ein wirkliches Miteinander von Autoverkehr, öffentlichem Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr ein. Sie unterstützt deshalb den sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, den Erhalt und Ausbau eines leistungsfähigen Strassennetzes und Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr.

Sie fordert aber gleichzeitig auch eine überregionale Sichtweise und erteilt eine klare Absage an eine einseitige Verkehrsverlagerungspolitik. Autobahnen sind Fernverkehrsstrassen und nicht für die Aufnahme des Regionalverkehrs bestimmt, wie es bei den Autobahnen rund um Bern, insbesondere der Stadttangente der Fall ist. Kantonsstrassen verbinden grössere Orte und Regionen im Kanton Bern und sind aus Sicht der SVP-Fraktion nicht für Begegnungszonen und Tempo 30 innerhalb von Ortszentren geeignet.

Aus Sicht der SVP-Fraktion gehört das Projekt zurück an den Absender. Leider ist dies beim aktuellen Stand des Geschäftes nicht mehr möglich.

**Walter Bruderer (FORUM):** Das FORUM hat seine schriftliche Stellungnahme bereits an die Gemeinde geleitet und stellte sie auch in seine Homepage.

Wir können die Prognosen „Verkehrszunahme“ in keiner Weise nachvollziehen und können darum auch nicht konkret bekannt geben, warum wir sie nicht teilen. Doch selbst wenn diese Verkehrs-Voraussagen zutreffen würden, dürfen sie keinesfalls akzeptiert werden, sondern es wäre sofort und dringend Gegensteuer zu geben. Zudem müsste auch darüber informiert werden, wer über die Folgen der grossen Verkehrszunahmen beschliesst und wer sie bezahlt. Es darf doch nicht sein, dass bis 2030 jeder noch grüne m<sup>2</sup> Boden, statt durch Gebäude, neu auch durch Asphalt oder durch Schienen ersetzt wird.

Das FORUM stellt zwei **Änderungsanträge**:

1. *Das Wort „zustimmend“ ist aus dem Beschlusstext zu streichen.*
2. *Die Regionalkonferenz hat Massnahmen vorzuschlagen, damit der Zuwachs an Verkehr keinesfalls schneller erfolgt als die Zahl der Einwohner und der Arbeitsplätze.*

Die im Bericht verfassten Zahlen sind besser zu erläutern. Die Zuwanderung, die Arbeitslosen, die Sozialdienstabhängigen etc. spielen alle eine wichtige Rolle.

Ich möchte vom Gemeindepräsidenten noch wissen, ob die Stellungnahme bereits an die Regionalkonferenz verschickt worden ist, oder ob noch Anpassungen vorgenommen werden können.

**Colette Nova (SP):** Die Interventionen von Ernst Hirsiger (SVP) benötigen schon noch ein paar Korrekturen: Ich habe den Eindruck, dass wir nicht den gleichen Bericht gelesen haben. Dass du, Ernst, Kritik an dieser schön farbigen "Werbebrochure" anbringen willst, kann ich noch verstehen. Aber im Text wird detailliert erläutert, welche Strassen allenfalls beseitigt werden sollen, welche überlasteten Strassen besser angelegt werden sollen, welche Verbesserungen es für die Fussgänger bedingt usw.. Im Bericht wird nirgends erwähnt, dass der ÖV gegenüber dem Privatverkehr dominant sein soll.

Hier wurde gute Arbeit verrichtet und wir müssen nicht alle im Detail damit einverstanden sein. Unterschiedliche Meinungen sind möglich. Wenn die SVP-Fraktion mit dem vorliegenden Geschäft nicht einverstanden ist und anders geplant werden soll, so gilt es zu beachten, dass über Prognosen immer geschritten werden kann. Die vorliegenden Prognosen wurden nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Ohne Prognose kann überhaupt nicht geplant werden. Über den Bevölkerungszuwachs werden vom Bundesamt für Statistik detaillierte Angaben gemacht. Diese können nachvollzogen werden.

Wer mit den Prognosen nicht einverstanden ist, kommt mir vor wie jemand, der mit dem Sonnenaufgang und Sonnenuntergang nicht einverstanden ist.

**Bruno Schröter (EVP):** Die EVP-Fraktion hat die Unterlagen studiert, eine Stellungnahme abgegeben und nimmt das vorliegende Geschäft trotz internen Differenzen zur Kenntnis. Eine ausgedehnte Diskussion - wie heute Abend vorgenommen - ist dazu nicht notwendig.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Für alle Beteiligten ist es wichtig, den Umgang mit Geschäften aus der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu verstehen. Das ist nicht selbstverständlich. Der über 120 Seiten umfassende Bericht wurde bewusst nicht abgegeben. Es ist schwierig, den Fragebogen nach dem Studium der Kurzfassung für alle verständlich und möglichst kurz zu formulieren. Wichtig ist, dass die regionale Sicht wahrgenommen und die Leitgedanken daraus verstanden werden.

Es ist Fakt, dass mit einem Wachstum gerechnet werden muss. Es ist nicht Wunschdenken der Regionalkonferenz, sondern stützt sich auf Prognosen auf Bundesebene ab. Wenn wir von Wirtschaftswachstum sprechen, muss auch mit Mehrverkehr kalkuliert werden. Es ist sinnvoll offenzulegen, wo das Wachstum - entlang der Erschliessungsachsen - stattfinden wird. Mit diesem Grundsatz soll sichergestellt werden, dass das Verkehrsaufkommen nicht umfangreicher als nötig wird. Das Wachstum soll dort stattfinden, wo die Infrastrukturanlagen bereits bestehen.

Wichtig ist auch der Gedanken, dass das Wachstum in den Zentren vorangetrieben werden soll. Es soll nicht nur ein Zentrum in der Region entstehen, sondern diverse regionale Zentren. Das Wachstum soll im Bern-Mittelland an verschiedenen Stellen stattfinden können. Dem Grundsatz, dass die Reserven genutzt und eine Verdichtung nach Innen zu erfolgen hat, wird nachgelebt. Ein Miteinander und nicht Gegeneinander scheint zweckmässig zu sein. Das von Walter Bruderer (FORUM) erwähnte Wachstum von 20 % beim Verkehr, betrifft den ÖV. Hier ist ein politischer Wille vorhanden. Beim motorisierten Individualverkehr ist das Wachstum deutlich kleiner. Die Verkehrsprognosen waren in den letzten Jahren stets zurückhaltend.

Ein weiterer Grundsatz stellt die Durchgrünung dar. Diese soll gewichtet und mehr Qualität beigemessen werden. Die Durchgrünung soll als Lebensqualität beibehalten werden. Dies ist ein wichtiger regionaler Grundsatz und dieser gilt auch auf kommunaler Ebene.

Das RGSK stellt Leitplanken auf, in welcher sich die Gemeinden entwickeln und bewegen können. Die Planungshoheit bleibt bei den Gemeinden.

#### ① Autobahnausbauten

Die Autobahn rund um Bern ist zum grössten Teil eine Stadtautobahn und nicht nur für den Überlandverkehr. Sie ist attraktiv für die Bewohnenden aus der Kernagglomeration um von der einen Stadtseite zur anderen zu gelangen. Diese Achse ist sinnvoll und auch zu diesem Zweck gebaut worden. Der Verkehr soll nicht auf der Autobahn eingeschränkt und stattdessen durch die Quartiere geführt werden. Die Schleichwege dürfen nicht attraktiv sein.

Einzonungen und Verdichtungen sollten sich gegenseitig vertragen. Wenn die regionale Ansicht zum tragen kommt, ist es durchaus möglich, dass im Kernbereich Parzellen zu finden sind, welche noch nicht als Bauland ausgeschieden worden sind. Im gesamten Blickwinkel



wird trotzdem die Verdichtung proklamiert. Der Widerspruch ist für mich nicht so gross, wie er dargestellt wird.

Das die Kernagglomeration stark gewichtet wird, wie Ernst Hirsiger (SVP) erwähnt hat, da habe ich das Gefühl, dass auch in den Landregionen erwähnt wird, dass wir die Einwohnerzahl halten sollten. Diese sportliche Zielsetzung verbirgt die Gefahr, dass auch die Landregionen an Einwohnerinnen und Einwohner verlieren werden. Deshalb muss es ein Ziel bleiben, dass auch Landregionen eine gewisse Entwicklung zuzugestehen. Der kantonale Richtplan sieht für jede Gemeinde ein gewisses Entwicklungspotenzial vor. Das zusätzliche Wachstum soll dort stattfinden, wo die Verkehrserschliessung bereits gut und optimal errichtet worden ist.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle gleicher Meinung sind. Doch dieser Sachverhalt gehört zu den weiteren Diskussionen für die Entwicklung der Region.

**Sandra Löhner (CVP):** Zu den Bemerkungen des Gemeinderates betreffend Ein- und Umzonungen von Arealen möchten wir gerne wissen, welches Gebiet der Gemeinderat explizit in Betracht zieht?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Diesen Grundsatz sehen wir hauptsächlich aus regionaler Sicht. Umzonungen von Arealen bedingen eine gute Sammelqualität, d. h. eine gute Erschliessung des ÖV. Eine Umzonung kann auch eine höhere Nutzung als heute vorsehen. Das bedeutet nicht, dass wir bereits ein bestimmtes Grundstück in Ostermundigen im Blickwinkel haben. Der Gemeinderat hat schon auf die Nachverdichtungsstudie hingewiesen. Wir können uns eine Verdichtung entlang der Bernstrasse vorstellen. Doch die lokale Ebene wird ins vorliegende Geschäft nicht einfließen.

**Beat Leumann (FDP):** Ich finde es stossend, wenn Fragen gestellt werden, ob wir damit einverstanden sind, auf den Langsamverkehr zu setzen. Wo bleiben da die Gedanken zu den Abgasen? Alles spricht vom Tram, welches alles viel schneller macht und im Kurzbericht wird vom Gegenteil gesprochen. Die Fragen sind nicht durchdacht.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Es gibt verschiedene Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn viele Leute zu Fuss gehen, ist das umweltfreundlich, da weniger Abgase erzeugt werden. Aus dieser Sichtweise wird der Langsamverkehr gefördert und die Mobilität mit umweltfreundlichen Mitteln bewältigt.

**Rudolf Mahler (SP):** Der Gemeindepräsident hat erwähnt, dass die Absicht zur Ein- und Umzonung in der Kompetenz der Gemeinde bleibt. Auf Seite 3 wird unter Bemerkungen erwähnt: *Der Gemeinderat versteht unter "Siedlungsentwicklung nach innen" - nebst dem Verdichten...*

Dieser Absatz ist ersatzlos zu streichen. Es obliegt dem Gemeinderat, was er tun und sein lassen will.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Hier geht es darum, zu überlegen, wie sich die Region entwickeln will und welche Möglichkeiten dafür zur Verfügung stehen. Die Region muss die Möglichkeiten ins Auge fassen. Eine Möglichkeit ist die hier erwähnte Möglichkeit der "Siedlungsentwicklung nach Innen."

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Zum Fragebogen liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Demnach können wir über die beiden Änderungsanträge des FORUMS getrennt abstimmen. Ich zitiere nochmals deren Wortlaut:

1. *Das Wort „zustimmend“ ist aus dem Beschlusstext zu streichen.*

#### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 16 zu 7 Stimmen angenommen.

2. *Die Regionalkonferenz hat Massnahmen vorzuschlagen, damit der Zuwachs an Verkehr keinesfalls schneller erfolgt als die Zahl der Einwohner und der Arbeitsplätze.*

#### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 12 zu 11 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsidentin:** Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat über den gemeinderätlichen Antrag abzustimmen. Er fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Die Mitwirkungseingabe zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland in Form des Fragebogens wird zur Kenntnis genommen.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher 10.11)  
54.3.13 Katastrophenorganisation

## 57. Reglement für ausserordentliche Lagen: Teilrevision - Genehmigung

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP):** Beim Lesen des GPK-Protokolls habe ich erfahren, dass die zuständige Vertreterin des Gemeinderates nicht anwesend war. Diesen Sachverhalt muss ich rügen!

Ich habe das Reglement nochmals durchgelesen. Sehr gutes Deutsch ist eine Integrationsvoraussetzung. Wenn ich im Reglement lese: "a) Wahl des Chef RFO und des Stabschefs RFO." und nur in männlicher Form und im nächsten Artikel konsequent die männliche und weibliche Form, dann habe ich Mühe.

Langer Rede kurzer Sinn: Inhaltlich ist die Vorlage diskussionslos. Die schriftliche Form (inkl. Rechtschreibung) muss jedoch unbedingt angepasst werden!

**Departementsvorsteherin ÖS Aliko Panayides (SVP):** Ich war in den Ferien, als die GPK-Sitzung einberufen worden ist. Ich habe mich nachträglich schriftlich bei der GPK entschuldigt. Ich wollte nicht die Kommission desavouieren.

Die Orthographie-Fehler nehme ich gerne auf. Eine redaktionelle Überarbeitung wird selbstverständlich noch vorgenommen.

**Ratspräsidentin:** Zur Teilrevision liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### B e s c h l u s s :

1. Die Teilrevision des Reglementes für ausserordentliche Lagen wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.3.00 Allgemeines  
10.7.20 Spezialkommissionen / Ausschüsse GR (FABU, Herbstmärit etc.)

## 58. Orientierung des Gemeinderates

### a) Politische Vorstösse vom 28. Oktober 2010; schriftliche Beantwortung am 17. Februar 2011

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Im Frühling hat das Parlament beschlossen, dass die parlamentarischen Vorstösse in Zukunft schriftlich beantwortet werden. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir dafür mehr Zeit brauchen. An der letzten Sitzung wurden parlamentarische Vorstösse eingereicht. Aus Zeitgründen ist die Beantwortung erst für die nächste GGR-Sitzung am 17. Februar 2011 vorgesehen.

### b) Dank an das Herbstmäritkomitee

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat hat am letzten Dienstag zur Kenntnis nehmen müssen, dass einige Mitglieder des Herbstmäritkomitees, welche bereits seit 19 Jahren im Amt sind, amtsmüde sind und frischen Kräften Platz machen möchten. Den Rücktritt erklärt haben Theo Weber (Präsident), Hans-Peter Mosimann, Christian Widmer und Marianne Meyer. Die ausscheidenden Mitglieder haben sich bereit erklärt, die Neumitglieder am Herbstmärit 2011 noch zu begleiten.

Das neue Komitee sieht folgendermassen aus: Daniel Glutz (Präsident), Hanspeter Friedli, Hans Leuenberger, Beat Künzli, Roland Stebler und Claudia Brunner.

Ich möchte allen für den grossen Einsatz über all die Jahre meinen besten Dank aussprechen. Publikumsmässig ist der Herbstmärit der grösste Anlass in Ostermundigen.

**Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP):** Nach dieser langen Sitzung möchte ich in Erwägung ziehen, die Budgetsitzung eventuell bereits um 16.00 Uhr zu starten. Bitte konsultieren Sie die Traktandenliste genau.

Ich möchte nochmals auf den Tag der offenen Tür in der Schulanlage Dennigkofen hinweisen.

Ich schliesse die Sitzung mit dem Löschen der Kerze für Egon Julmi ab. Ich hoffe, dass Ihr das Licht mit nach Hause nehmen könnt und in Euren Herzen weiterbehalten werdet.

Ich wünsche allen einen guten Abend und wir sehen uns noch drüben im Restaurant TELL.